

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Ursula Hoffmann-Lange/Martina Gille/Helmut Schneider

## Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland

Elisabeth M. Krekel-Eiben/Joachim G. Ulrich

## Berufschancen von Jugendlichen in den neuen Bundesländern

Detlef Oesterreich

## Jugend in der Krise

Ostdeutsche Jugendliche zwischen Apathie  
und politischer Radikalisierung

Eine Vergleichsuntersuchung Ost- und Westberliner Jugendlicher

B 19/93 .

7. Mai 1993

Ursula Hoffmann-Lange, Dr. phil. habil., geb. 1943; Privatdozentin für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim und Leiterin der Abteilung „Jugend und Politik“ am Deutschen Jugendinstitut, München.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautorin) Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut, Opladen 1992; Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen 1992; (Hrsg. und Mitautorin) Social and Political Structures in West Germany, Boulder 1991.

Martina Gille, Dipl.-Soz., geb. 1954; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut, München.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautorin) Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut, Opladen 1992; (zus. mit Hans Bertram) Datenhandbuch zur Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland, Band 4 der Materialien zum 8. Jugendbericht, München 1990.

Helmut Schneider, Dipl.-Soz.-Päd., geb. 1949; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut, München.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Frank Braun und Heiner Schäfer) Betriebliche Sozialisation und politische Bildung von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, München 1984; (zus. mit Frank Braun) Berufliche und politische Orientierungen von Jugendlichen; in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Politische Bildung an Berufsschulen, Bonn 1987.

Elisabeth M. Krekel-Eiben, Dr. phil., geb. 1959; wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildungsökonomie beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Soziologische Wissensgemeinschaften, Opladen 1990.

Joachim G. Ulrich, Dr. rer. pol., geb. 1957; Diplompsychologe; wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Berufsbildungsplanung beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Selbstkonzept und berufliche Orientierung von Unternehmern, Fuchsstadt 1990; (zus. mit Diether Gebert) Benötigen Theorie und Praxis ein verändertes Verständnis von „Führung“?, in: Die Betriebswirtschaft (DBW), 51 (1991).

Detlef Oesterreich, Dr. phil., geb. 1943; Sozialwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Autoritarismus und Autonomie. Untersuchungen über berufliche Werdegänge, soziale Einstellungen, Sozialisationsbedingungen und Persönlichkeitsmerkmale ehemaliger Industrielehrlinge, Bd. 2, Stuttgart 1974; Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West, Weinheim – München 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann (abwesend), Hannegret Homberg, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland

---

## I. Zum Stand der Jugendforschung im vereinten Deutschland

---

In Westdeutschland wurden seit den fünfziger Jahren eine Vielzahl von allgemeinen Bevölkerungsumfragen und Jugendstudien durchgeführt. Das Informationsniveau über die Lebensbedingungen sowie die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen von Jugendlichen ist daher relativ hoch. Zudem lassen verschiedentliche Replikationen früherer Fragestellungen und Untersuchungen vielfach auch Aussagen über Entwicklungen im Zeitverlauf zu.

Demgegenüber sind erheblich weniger Informationen über die Jugendlichen in der ehemaligen DDR verfügbar. Aufgrund der restriktiven Wissenschaftspolitik der DDR-Führung ist die Datenlage hier sogar noch erheblich schlechter als für die übrigen Staaten des ehemals sozialistischen Blocks. Für viele Jahre war das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig, die einzige Einrichtung, die in der DDR überhaupt Umfrageforschung betreiben konnte, und auch dies nur unter großen Einschränkungen<sup>1</sup>. Von daher ist es begrüßenswert, daß seit der Wende 1989 geradezu ein Boom an gesamtdeutschen Umfragen zu verzeichnen ist, so daß zumindest für den Zeitraum seit Anfang 1990 ausreichend Daten über die Lebensbefindlichkeiten und Einstellungen der ost- und westdeutschen Jugendlichen vorliegen.

Unter den gesamtdeutschen Repräsentativumfragen sind vor allem die monatlichen Politbarometer, die ALLBUS-Befragungen, die Wohlfahrtsurveys und das Sozioökonomische Panel zu nennen. Seit 1990 wurden mehrere Jugendstudien durchgeführt, die in Tabelle 1 aufgelistet sind. Auch wenn alle der hier aufgeführten Jugenduntersuchungen zumindest einige Fragen zu politischen Einstellungen enthalten, so befassen sich doch nur wenige von ihnen schwerpunktmäßig mit

dem Verhältnis Jugendlicher zur Politik. Hierzu gehören neben der Untersuchung von Melzer die Schülerstudie und der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts. Die im folgenden berichteten Ergebnisse entstammen hauptsächlich der letztgenannten Studie, die die bislang umfangreichste Erhebung zu den politischen Orientierungen Jugendlicher und junger Erwachsener im vereinten Deutschland darstellt.

Die öffentliche Diskussion des Verhältnisses Jugendlicher zur Politik kreist seit geraumer Zeit um die Schlagworte „Parteien- und Politikverdrossenheit“. Nach einer Aufbruchphase in den siebziger Jahren, in der die politische Beteiligung junger Menschen sprunghaft zunahm (Stichwort: partizipatorische Revolution), scheint sich dieser Trend inzwischen ins Gegenteil verkehrt zu haben. Selbst die anfangs als neue Partizipationsstrukturen gerühmten Neuen Sozialen Bewegungen leiden heute unter Nachwuchsmangel, und das Mißtrauen gegenüber den etablierten Parteien ist beträchtlich.

Bei der Beurteilung dieser Entwicklung wird häufig auf das Verhalten der Parteien und auf zahlreiche politische Skandale verwiesen, die zu einer Aushöhlung des Vertrauens in die Politik beizutragen geeignet waren, z.B. die großzügigen Regelungen der Parteienfinanzierung, hohe Politiker-einkommen oder Verfälschungen zwischen Politik und Großunternehmen. Ohne solche Erscheinungen herunterspielen zu wollen, berücksichtigt jedoch diese Interpretation zu wenig die Wandlungen in den modernen demokratischen Gesellschaften und damit die Voraussetzungen, unter denen Politik sich heute vollzieht.

Im folgenden werden wir uns mit diesen Wandlungsprozessen und ihren Auswirkungen auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten Jugendlicher in Deutschland befassen. Dabei kann die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen als „Avantgarde“ von Entwicklungsprozessen verstanden werden, die sich zunächst bei den jüngeren Alterskohorten manifestieren und sich dann nach und nach in der gesamten Gesellschaft verbreiten.

<sup>1</sup> Vgl. Walter Friedrich/Hartmut Griese (Hrsg.), *Jugend und Jugendforschung in der DDR*, Opladen 1991.

**Tabelle 1: Gesamtdeutsche Jugendstudien**

	Erhebungsjahr	Altersgruppe	Fallzahlen Alte Bundesländer	Fallzahlen Neue Bundesländer	Art der Befragung, Stichprobe
Behnken u. a., 1991 <sup>1</sup>	1990	ca. 13-19 (7., 9. und 11. Klassen)	1 413	1 164	schriftliche Befragung, Schüler im Klassenverband (Raum Ruhrgebiet und Halle/Leipzig)
Deutsches Jugendinstitut, 1992 <sup>2</sup>	1990	ca. 15-17 (9. Klasse)	1 231	1 049	schriftliche Befragung, Großstadt-Schüler im Klassenverband (Berlin [W, O], Köln, Leipzig, Magdeburg, München)
Jugendwerk der Deutschen Shell, 1992 <sup>3</sup>	1991	13-29	2 669	1 336	Interviews, Quotenstichprobe
Melzer, 1992 <sup>4</sup>	1991	15-24	1 500	1 250	Interviews, Quotenstichprobe
Konrad-Adenauer-Stiftung, 3. Jugendstudie <sup>5</sup>	1991	15-25	2 500	1 500	Interviews, ADM-Sample <sup>6</sup>
Deutsches Jugendinstitut, Jugendsurvey 1992	1992	16-29	4 526	2 564	Interviews, ADM-Sample <sup>6</sup>
IPOS im Auftrag der Sachverständigenkommission 9. Jugendbericht <sup>7</sup>	1993	14-27	1 015	1 190	West: Telefoninterviews, Zufallsauswahl; Ost: Interviews, ADM-Sample <sup>6</sup>

1 Imbke Behnken u. a., Schülerstudie '90, Weinheim - München 1991.

2 Deutsches Jugendinstitut, Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit, Opladen 1992.

3 Jugendwerk der Deutschen Shell, Jugend '92, 4 Bände, Opladen 1992.

4 Wolfgang Melzer, Jugend und Politik in Deutschland, Opladen 1992.

5 Erscheint 1993 in der Reihe „Studien zur Politik“ (Hrsg. Hans-Joachim Veen, Peter Weilemann), Paderborn.

6 Das ADM-Sample ist eine repräsentative Stichprobe, bei der in drei aufeinanderfolgenden Auswahlstufen Stimmbezirke (sog. Sample Points), Haushalte und Zielpersonen nach Zufallsprinzip ausgewählt werden.

7 Bericht „Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland“ erscheint im Sommer 1993.

## II. Der Wertewandel und seine Konsequenzen für die politischen Orientierungen

„Werte sind bewußte oder unbewußte Vorstellungen des Gewünschten, die sich in Präferenzen bei der Wahl zwischen Handlungsalternativen niederschlagen.“<sup>2</sup> Sie werden im Prozeß der Sozialisation vermittelt und von einer gesellschaftlichen Mehrheit oder zumindest von gesellschaftlichen Teilgruppen getragen. Damit stellen sie grundlegende soziale Orientierungen dar, denen verhaltensdeterminierende Kraft bei der Herausbildung von Einstellungen und Verhaltensbereitschaften zukommt. Dies gilt auch in bezug auf politische Orientierungen und Aktivitätsbereitschaften.

2 Jürgen Friedrichs, Werte und soziales Handeln, Tübingen 1968, S. 113.

In der politikwissenschaftlichen Diskussion haben Wertorientierungen seit Anfang der siebziger Jahre eine zunehmende Rolle gespielt. In seinem bahnbrechenden Artikel von „der stillen Revolution der Werte“<sup>3</sup> führte Ronald Inglehart erstmals die beobachtbaren Veränderungen im politischen Partizipationsverhalten, die sich in der vermehrten Hinwendung vor allem junger Menschen zu direkten und unkonventionellen politischen Aktionsformen manifestierten, auf neue Werthaltungen der heranwachsenden Generationen zurück<sup>4</sup>. Der von Inglehart konstatierte intergenerationelle Wertewandel ist gekennzeichnet durch einen Bedeu-

3 Ronald Inglehart, The Silent Revolution in Europe - Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review, 65 (1971), S. 991-1017.

4 Die Verknüpfung direkter unkonventioneller politischer Beteiligungsformen mit postmaterialistischen Orientierungen ist vielfach überprüft worden; vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase u. a., Political Action, Beverly Hills - London 1979; Hans Martin Uehlinger, Politische Partizipation in der Bundesrepublik, Opladen 1988; M. Kent Jennings/Jan van

tungsverlust „materialistischer“, d. h. auf ökonomischen Wohlstand und Sicherheit abzielender Werte zugunsten eines Bedeutungsgewinns von „postmaterialistischen“, auf Selbstverwirklichung und eine stärkere Beteiligung hin orientierten Werten<sup>5</sup>. Inglehart erklärt diesen Wertewandel mit bedürfnistheoretischen und sozialisationstheoretischen Annahmen. Aus der Mangelhypothese von Abraham Maslow<sup>6</sup> ergibt sich die Erwartung, daß die Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse zur Entstehung „postmaterialistischer“ Bedürfnisse führt. Die Sozialisationshypothese besagt, daß die wirtschaftlichen Bedingungen in der Phase des Heranwachsens ausschlaggebend für die Herausbildung intraindividuell stabiler Bedürfnisse und Wertorientierungen sind. Diese Hypothesen lassen sich nach Inglehart auch auf ganze Gesellschaften übertragen. Die in den westlichen Industriegesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg in historisch beispielloser wirtschaftlicher Prosperität aufgewachsenen Generationen sind demnach zu Trägern neuer, postmaterialistischer Wertorientierungen geworden und unterscheiden sich grundlegend von den früher aufgewachsenen Alterskohorten, deren Sozialisation durch wirtschaftlichen Mangel geprägt war.

Ingleharts Untersuchungen sind vielfach in theoretischer und empirischer Hinsicht kritisiert worden<sup>7</sup>. Dabei ist nicht zuletzt die Kritik an der Eindimensionalität seines Konzepts zu erwähnen, wie sie beispielsweise von Klages/Herbert, Maag und Gille formuliert wurde<sup>8</sup>. Während Inglehart davon

ausgeht, daß Werte in der Persönlichkeitsstruktur von Individuen hierarchisch angeordnet sind, gehen diese Autoren von einer Gleichrangigkeit von Werten aus. In ihren Arbeiten konnten sie empirisch nachweisen, daß die „materialistischen“ Pflicht- und Akzeptanzwerte auf der einen Seite und die „postmaterialistischen“ Selbstentfaltungswerte auf der anderen Seite von bestimmten Befragtengruppen zugleich als sehr wichtig (= Wertesynthese) oder als unwichtig (= Werteverlust) eingestuft werden, wenn man den Befragten die Möglichkeit gibt, Werte unabhängig voneinander nach ihrer Wichtigkeit einzuschätzen.

Die gesamtdeutschen Jugendstudien zeigen eine verblüffende Ähnlichkeit in den Wertorientierungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den alten und den neuen Bundesländern, obwohl diese doch in vollkommen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen aufgewachsen sind. Die in früheren westdeutschen Jugendstudien nachgewiesene Verbindung von Selbstentfaltung und Hedonismus einerseits und von hedonistischen und materialistischen Wertorientierungen andererseits ist auch bei ostdeutschen Jugendlichen zu finden<sup>9</sup>. Gleichzeitig haben Werte der Selbstentfaltung für die meisten Jugendlichen einen hohen Stellenwert.

Neben Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede. Den Jugendlichen aus Ostdeutschland, die den Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft und die deutliche Verschlechterung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt miterleben mußten, sind Sicherheit und materieller Wohlstand wichtiger als ihren Altersgenossen im Westen. Für die Mädchen spielt dabei der Sicherheitsaspekt eine größere Rolle, für die Jungen eher das hohe Einkommen. Die ostdeutschen Jugendlichen sind außerdem konventioneller, d. h. stärker an traditionellen Sekundärtugenden wie Pflicht und Anpassung orientiert. Auch ihre Familienorientierung ist ausgeprägter. Umgekehrt sind hedonistische Orientierungen im Westen weiter verbreitet.

Der DJI-Jugendsurvey 1992 bestätigt die in den vorangegangenen Untersuchungen gefundenen

Deth, *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin - New York 1989.

<sup>5</sup> Vgl. R. Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton 1977; ders., *Kultureller Umbruch*, Frankfurt/M. - New York 1989.

<sup>6</sup> Vgl. Abraham Maslow, *Motivation and Personality*, New York 1954.

<sup>7</sup> Vgl. Thomas Herz, *Der Wandel der Wertvorstellungen in den westlichen Industriegesellschaften*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 31 (1979), S. 282-302; ders., *Politische Konflikte, Wertewandel und Modernisierung*, in: Heinz Otto Luthe/Heiner Meulemann (Hrsg.), *Wertewandel - Faktum oder Fiktion?*, Frankfurt/M. - New York 1988, S. 48-72; Jan van Deth, *Ranking the Ratings: The Case of Materialist and Post-Materialist Value Orientations*, in: *Political Methodology*, 9 (1983), S. 407-432; Wolfgang Jagodzinski, *Gibt es einen intergenerationalen Wertewandel zum Postmaterialismus?*, in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 5 (1981) 1, S. 71-88; Scott C. Flanagan, *Changing Values in Advanced Industrial Societies*, in: *Comparative Political Studies*, 14 (1982) 4, S. 403-444; ders., *Value Change in Industrial Societies*, in: *American Political Science Review*, 81 (1987), S. 1303-1319.

<sup>8</sup> Vgl. Helmut Klages/Willi Herbert, *Wertorientierung und Staatsbezug*, Frankfurt/M. - New York 1983; Helmut Klages, *Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt/M. - New York 1984;

Willi Herbert, *Wertewandel in den 80er Jahren: Entwicklung eines neuen Wertemusters?*, in: H. O. Luthe/H. Meulemann (Anm. 7), S. 140-160; Gisela Maag, *Gesellschaftliche Werte*, Opladen 1991; Martina Gille, *Lebensziele und Politikvorstellungen von Jugendlichen in Ost und West*, in: *Deutsches Jugendinstitut, Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit*, Opladen 1992, S. 18-41.

<sup>9</sup> Vgl. SINUS, *Die verunsicherte Generation*, Opladen 1983; Heinz Bonfadelli u. a., *Jugend und Medien*, Frankfurt/M. 1986.

Ähnlichkeiten und Unterschiede. Er zeigt aber nicht die in anderen Studien nachgewiesene stärkere soziale Ausrichtung von Ost-Jugendlichen. Vielmehr verweisen bei dieser Frage unsere Ergebnisse stärker auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede: Mädchen sind eher bereit, anderen Menschen zu helfen, als Jungen.

Auffallend ist, daß die ostdeutschen Jugendlichen stärker zu einer Wertesynthese neigen als die westdeutschen Jugendlichen. Behnken u. a.<sup>10</sup> erklären das Nebeneinander von traditionellen und modernen Werten mit dem „selektiven Bildungsmoratorium“ ostdeutscher Jugendlicher, das z. T. die individualistischen Züge westlicher Länder, daneben aber auch Momente einer traditionellen Normalbiographie enthält. Gensicke, der bei seiner Analyse neuester Umfragedaten ebenfalls zu dem Schluß kommt, daß die Ostdeutschen stärker zur Wertesynthese neigen, begründet dies wie folgt: „Ich behaupte also, daß die ostdeutsche Mentalität zwar einerseits nach der Seite der Selbstentfaltungswerte hin offen ist, solche Werte aber eher integrativ anreichert und ausprägt. Auf der anderen Seite neigt sie dazu, traditionelle Werte gegebenenfalls nicht einfach ‚über Bord zu werfen‘, sondern damit instrumentell, also zweckrational umzugehen. Das ist der Grund, weswegen das Muster der Wertesynthese ihr näher liegt als das des ‚revolutionären‘ Wertschubs.“<sup>11</sup>

Betrachten wir den klassischen Indikator für Wertorientierungen, nämlich die Kurzversion des Postmaterialismus-Indexes von Inglehart<sup>12</sup>, so zeigt sich, daß die ostdeutschen Jugendlichen stärker materialistisch orientiert sind als die westdeutschen (vgl. Tabelle 2). Vergleichbare Differenzen finden sich in verschiedenen anderen Repräsentativuntersuchungen<sup>13</sup>.

10 Vgl. I. Behnken u. a. (Tab. 1), S. 47.

11 Thomas Gensicke, Sind die Ostdeutschen konservativer als die Westdeutschen?, in: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.), Das Ende eines Experiments: Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991, S. 277.

12 Die Kurzversion des Postmaterialismus-Indexes von Inglehart basiert auf einer Rangreihe von vier Zielen. Die beiden materialistischen Ziele sind „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande“ und „Kampf gegen die steigenden Preise“. Die beiden postmaterialistischen Ziele sind „Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ und „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“. Als Postmaterialisten bzw. Materialisten werden diejenigen Befragten klassifiziert, die entweder beide postmaterialistischen oder beide materialistischen Ziele auf die ersten beiden Ränge setzen.

13 Vgl. Petra Bauer-Kaase, Die Entwicklung politischer Orientierungen in Ost- und Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), DDR-Parteien im Umbruch, Opladen 1993 (i. E.).

**Tabelle 2: Postmaterialismus in den alten und den neuen Bundesländern (in Prozent)**

	ABL	NBL
Materialistisch	18,8	24,0
Gemischt materialistisch (1. Rang mat., 2. postmat.)	29,8	33,9
Gemischt postmaterialistisch (1. Rang postmat., 2. mat.)	25,3	24,8
Postmaterialistisch	26,1	17,3

ABL: Alte Bundesländer; NBL: Neue Bundesländer.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992.

Bauer-Kaase wies anhand von 1990 und 1991 durchgeführten Repräsentativumfragen nach, daß die Wertorientierungen der Ostdeutschen, wie sie mit dem Postmaterialismus-Index gemessen werden, im Aggregat über die Zeit hinweg relativ stabil sind. Zugleich ergaben sich in den neuen und den alten Ländern die bekannten Beziehungen zu den soziodemographischen Faktoren.

Im Rahmen des DJI-Familiensurveys<sup>14</sup>, einer großen Repräsentativerhebung bei 18- bis 55jährigen, die 1988 in Westdeutschland und 1990/91 in den neuen Bundesländern durchgeführt wurde, wurden auch die Wertorientierungen der Befragten in bezug auf Familie, Ehe, Kinder und Beruf erhoben. Dabei ergab sich, daß Postmaterialismus in beiden Teilen Deutschlands mit den folgenden soziodemographischen Variablen verknüpft ist: einem hohen Bildungsniveau, einer gehobenen Berufsposition, einem hohen Einkommen, Kinder- und Ehelosigkeit sowie niedrigem Alter. Zudem zeigten sich Zusammenhänge mit Erziehungs- und Berufsorientierungen. Postmaterialisten verfolgen in einem höheren Ausmaß einen „kooperativen Individualismus“, d. h., sie weisen einerseits eine Orientierung an persönlicher Selbstentfaltung und Partizipation auf, andererseits jedoch auch Verantwortungsbereitschaft und den Wunsch nach sozialer Anerkennung.

Diese Ergebnisse sprechen dafür, daß sich auch in den neuen Bundesländern ein langfristiger Wertewandel vollzieht. Bereits die Forschungsergebnisse des Zentralinstituts für Jugendforschung, Leipzig,

14 Vgl. Hans Bertram, Einstellung zu Kindheit und Familie, in: ders., (Hrsg.), Die Familie in Westdeutschland, Opladen 1991, S. 429–460; ders., Selbstverwirklichung im Beruf – Kinder und Ehe als Lebenssinn, in: ders. (Hrsg.), Die Familie in den neuen Bundesländern, Opladen 1992, S. 215–238.

**Tabelle 3: Politisches Interesse verschiedener Altersgruppen (in Prozent)**  
**Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“**

	16-17		18-20		21-24		25-30	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Sehr stark/stark	11,9	18,0	19,4	19,0	21,1	21,8	23,1	26,3
Mittel	32,7	37,5	37,4	42,9	40,2	41,4	44,9	45,1
Wenig/ überhaupt nicht	55,4	44,6	43,1	38,1	38,6	36,7	32,0	28,6

Quelle: vgl. Tabelle 2.

für die Zeit vor 1989 weisen in diese Richtung. Sie belegen einen Bedeutungszuwachs von Werten der Selbstverwirklichung und des Hedonismus seit Mitte der siebziger Jahre<sup>15</sup>. Neben dem Einfluß der Westmedien, die eine Annäherung von Ost und West förderten, haben hierzu sicher auch eigenständige Wandlungsprozesse in den ehemaligen Ostblockstaaten wie beispielsweise die durch Gorbatschow ausgelösten Reformbewegungen beigetragen.

### III. Politisches Interesse und politische Partizipation

Medienwirksame Etikettierungen des jugendlichen Politikverhaltens mit Begriffen wie „Politikmüdigkeit“ und „Politikverdrossenheit“ haben in der politischen und öffentlichen Diskussion einige Irritationen ausgelöst, weil Veränderungen im politischen Verhaltens- und Interessensrepertoire Jugendlicher als Gefährdung der Loyalität gegenüber dem demokratischen System wahrgenommen und problematisiert werden. Die Wahl- und Partizipationsforschung lieferte bereits früher eine Reihe empirischer Belege dafür<sup>16</sup>, daß Jugendliche das politische System und seine Akteure in den letzten Jahren anders rezipieren und sich ihre politischen Aktionsformen gewandelt haben. Vor dem Hintergrund des deutschen Vereinigungsprozesses hat die Frage nach dem Gestaltwandel des Politischen im Lebenszusammenhang Jugendlicher darüber

<sup>15</sup> Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/90, S. 25-37.

<sup>16</sup> Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase u. a. (Hrsg.), Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979; Klaus R. Allerbeck, Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen-Vergleich, München-Zürich 1980.

hinaus noch einen zusätzlichen Stellenwert erhalten.

#### Politisches Interesse

Die Stärke des politischen Interesses und die Bereitschaft zur politischen Partizipation nimmt mit dem Lebensalter zu. Betrachtet man die Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys 1992 und weiterer gesamtdeutscher Jugenduntersuchungen<sup>17</sup>, so zeigen sich beim Grad des politischen Interesses die bekannten Zusammenhänge mit Geschlecht, Alter und Bildungsniveau. Es ist bei männlichen Jugendlichen stärker als bei weiblichen und nimmt mit dem Alter und dem Bildungsgrad zu.

Sowohl die Shell-Studie als auch der DJI-Jugendsurvey bestätigen zudem, daß die Ost-Jugendlichen etwas stärker politisch interessiert sind als ihre westlichen Altersgenossen (Shell: 61,9 % und 56,2 %). Dabei fällt vor allem das stärkere politische Interesse der ostdeutschen Mädchen und jungen Frauen gegenüber ihren Altersgenossinnen aus dem Westen auf (Shell: 60 % zu 48 %; DJI: 58,4 % zu 51,6 %). Die Autoren der Shell-Studie sehen die Gründe hierfür weniger in der politischen Umbruchsituation und einem damit verbundenen Politisierungsschub, als vielmehr in den geschlechtsspezifisch geringeren Differenzen bei der politischen Sozialisation in der ehemaligen DDR.

Auf mögliche Politisierungseffekte der massiven politischen Veränderungen in den neuen Bundesländern deuten die Zahlen des DJI-Jugendsurveys hin, wonach gerade in der jüngsten Altersgruppe der 16- bis 17jährigen die Unterschiede im politischen Interesse zwischen Ost und West beträchtlich sind: Während sich 55,5 % der Ostjugendlichen dieser Altersgruppe als mittel bis sehr stark politisch interessiert einschätzen, sind es im Westen nur 44,6 % (vgl. Tabelle 3). Es scheint, als

<sup>17</sup> Vgl. Tabelle 1.

haben diese Alterskohorte im Osten politisch besonders sensibel auf die gewaltfreie Revolution reagiert. Für diese Annahme finden sich auch in der Shell-Studie einige Hinweise<sup>18</sup>.

### Sinkende Wahlbeteiligung

Richtet man den Blick auf die Art und Weise, wie Jugendliche auf das politische System Einfluß nehmen, so stehen die institutionalisierten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten wie beispielsweise die Beteiligung an Wahlen im Vordergrund des Interesses. Die stark sinkende Wahlbeteiligung besonders bei den Jungwählern zählt zu den brisanten Phänomenen in der politischen Partizipationslandschaft der letzten Jahre und hat zu einer kontroversen Diskussion geführt. Ist das Verhalten der jugendlichen Nichtwähler situativ oder strukturell zu erklären? Steht hinter dem dramatischen Rückgang der Wahlbeteiligung ein gewachsenes politisches Selbstbewußtsein, die Emanzipation von Milieu und Führungseliten, der bewußte Protest gegen Parteien, Kandidaten und Programme, mit denen man nicht mehr einverstanden ist? Oder sind das alarmierende Zeichen von Resignation und Orientierungsdefiziten, die als Nährboden für Anomie, Apathie oder Indifferenz wirken können<sup>19</sup>?

Mittels umfangreicher Wahlanalysen hat Hofmann-Göttig<sup>20</sup> ein strukturelles Mobilisierungsdefizit bei den Jungwählern nachweisen können, das sich in den letzten Jahren noch erheblich verstärkt hat<sup>21</sup>. Das Phänomen der Altersgesetzlichkeit von Wahlbeteiligung hat sich dabei über die knapp vier Jahrzehnte bundesrepublikanischer Wahlgeschichte als erstaunlich stabil erwiesen. So beteiligten sich bei den Jungwählern im Durchschnitt immer rund 6% weniger an Wahlen als in der Gesamtwählerschaft. Bei der Bundestagswahl 1990 lag die Wahlbeteiligung der 21- bis 25jährigen sogar bereits ganze 14,5% unter dem Durchschnitt.

18 Vgl. Meredith W. Watts, Legitimität unkonventioneller politischer Beteiligung: Unterschiedliche Spuren der „partizipatorischen Revolutionen“ in West und Ost, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '92, Bd. 2, S. 73–89.

19 Vgl. Wilhelm Bürklin, Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, in: Karl Starzacher u. a. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie, Köln 1992, S. 18–39.

20 Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Die Mehrheit steht links. Die jungen Wähler in der Bundesrepublik Deutschland (1953–1989), in: Materialien des SPD-Bundesvorstandes (1989).

21 Vgl. Ursula Feist, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: K. Starzacher u. a. (Anm. 19), S. 40–57.

Politisch brisant ist dieses Faktum besonders deswegen, weil sich die Nichtwähler<sup>22</sup> in zunehmendem Maße aus der Gruppe der politisch informierten und interessierten Bürger zu rekrutieren scheinen. In der Wahlenthaltung artikuliert sich nicht nur politische Interesselosigkeit oder Gleichgültigkeit, sondern sie ist teilweise auch das Ergebnis einer bewußten Entscheidung<sup>23</sup>. Dies deutet darauf hin, daß die jüngere Generation immer mehr auf Distanz zur repräsentativen Parteiendemokratie geht.

Sinkende Wahlbeteiligung ist somit weniger ein Indiz für einen demokratischen Normalisierungsprozeß, als vielmehr ein deutliches Signal für politische Unzufriedenheit und Entfremdungstendenzen der jungen Bürger. Die Ergebnisse der Shell-Studie 1992 liefern Hinweise für solche Entfremdungstendenzen. So vertreten über 80% der Jugendlichen aus Ost und West die Meinung, die Bevölkerung werde von Politikern betrogen. Außerdem glauben mehr als 80% der Befragten, daß es in der Politik nur „ums Geld geht“.

### Organisatorische Bindungen

In der Diskussion um den Wandel der politischen Beteiligungsformen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der im größeren Zusammenhang mit dem Wertewandel und der Veränderung sozialer Strukturen gesehen werden muß, richtet sich der Blick auch auf die organisatorischen Bindungen der Jüngeren, also ihre Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden oder ihre Zugehörigkeit zu den Neuen Sozialen Bewegungen. In beiden Regionen haben die Gewerkschaften unter den etablierten Organisationen die höchsten Mitgliederzahlen, wobei die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den neuen Bundesländern geringer sind als in den alten. Sehr viel niedriger und ohne geschlechtsspezifische Differenzen liegen die Mitgliedschaftsquoten in den Jugendverbänden. Der deutlich niedrigere Organisationsgrad der Jugendverbände im Osten dürfte als Reaktion auf die Monopolstellung und politische Funktion der Freien

22 Nicht gemeint sind dabei die grundsätzlichen Nichtwähler wie z. B. die Zeugen Jehovas.

23 Aufgrund erster Auswertungen einer schriftlichen Befragung von mehr als 13 000 Stuttgarter Bürgern und Bürgerinnen im Jahre 1991 – dabei sind erst knapp 7 000 Fragebogen ausgewertet worden – weisen die Nichtwähler zwar ein deutlich geringeres politisches Interesse auf, gleichwohl schätzen sich 74% von ihnen als politisch interessiert ein, 41% sogar als sehr stark oder stark interessiert. Vgl. dazu Michael Eilfort, Sind Nichtwähler auch Wähler?, in: K. Starzacher u. a. (Anm. 19), S. 169–175.

Deutschen Jugend (FDJ) im ehemaligen DDR-Staat zu interpretieren sein<sup>24</sup>.

Politische Parteien und Bürgerinitiativen<sup>25</sup> weisen für die untersuchte Altersgruppe (16- bis 29jährige) in beiden Regionen sehr niedrige Mitgliederzahlen (ca. 2%) aus. Dies hängt zum einen mit grundsätzlichen Schwierigkeiten zusammen, Jugendliche für ein kontinuierliches Engagement in Organisationen und Verbänden zu mobilisieren, zum anderen zeigen diese Zahlen die relativ große Distanz zum traditionellen Politikbereich.

### Politische Beteiligung im Wandel

Die politische Mitwirkung in etablierten Organisationen ist seit Ende der sechziger Jahre durch neue Formen politischer Partizipation ergänzt worden. Die Erweiterung des politischen Partizipationsrepertoires durch unverfaßte, direkte Aktionsformen und das Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen sprengte den institutionell vorgegebenen politischen Handlungsrahmen und wurde daher zunächst als Bedrohung des demokratischen Prozesses und als Ausdruck eines grundsätzlich systemfeindlichen politischen Protestes betrachtet. Wie die Political-Action-Studie zeigte, schließen sich traditionelle und neue Partizipationsformen gegenseitig nicht aus. Die unkonventionellen direkten Beteiligungsformen wie beispielsweise Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, finden insbesondere bei den Jüngeren großen Anklang und erfreuen sich nach einem kurzfristigen Sympathieabschwung Anfang der achtziger Jahre heute wieder einer breiten Zustimmung.

Bei den Einstellungen der Jugendlichen zu den Neuen Sozialen Bewegungen belegen die Ergebnisse der Shell-Studie, daß die Sympathien der ostdeutschen Jugendlichen für Organisationen, Aktionen und Themen der „neuen Politik“<sup>26</sup> denen ihrer westdeutschen Altersgenossen nicht nachstehen. Die Befunde des DJI-Jugendsurveys bestätigen dies. In beiden Regionen engagieren sich die weiblichen Jugendlichen in den Neuen Sozialen Bewegungen stärker als ihre männlichen Altersgenossen, während umgekehrt in traditionellen Organisationen die jungen Männer dominieren. Zudem zeigt sich deutlich, daß sich politische Aktivitäten Jugendlicher in konventionellen Verbän-

den und ihr Engagement im Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen nicht wechselseitig ausschließen.

Vergleicht man die Bereitschaft zu verschiedenen politischen Aktivitäten sowie die Angaben zum tatsächlichen Verhalten, so weisen die Jugendlichen im Westen eine leicht höhere Wahlbereitschaft auf als ihre Altersgenossen im Osten. Ganz ähnlich, nur auf einem viel niedrigeren Niveau, ist das Verhältnis bei der Bereitschaft zum Engagement in einer Partei, wobei sich Parteiarbeit in beiden Regionen nach wie vor als klare Männerdomäne erweist.

Die gravierendsten Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich bei der Bereitschaft zur Teilnahme an genehmigten Demonstrationen. Während 79% der Ost-Jugendlichen daran teilnehmen würden, sind es im Westen nur 62%, wobei in beiden Regionen diese Aktionsform bei der jüngsten Alterskohorte am populärsten ist. Die hohe Demonstrationsbereitschaft der 16- bis 17jährigen Ost-Jugendlichen (80,6%) könnte ein weiterer Hinweis auf eine besondere politische Sensibilität dieser Altersgruppe sein. Schließlich spielten Demonstrationen bei der „friedlichen Revolution“ in der damaligen DDR eine größere Rolle als andere politische Aktionsformen. Daneben finden auch andere unkonventionelle Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen und Streiks im Osten mehr Anhänger als in den alten Bundesländern. Während sich die Jugendlichen im Westen etwas stärker als ihre östlichen Altersgenossen an konventionellen politischen Aktivitäten beteiligen, sind die östlichen Jugendkohorten also im Bereich der unkonventionellen Partizipationsformen aktiver (vgl. Tabelle 4).

Die in Tabelle 4 enthaltenen Ergebnisse verweisen gleichzeitig auf einen engen Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und politischer Partizipationsbereitschaft. Postmaterialistisch orientierte Jugendliche zeigen eine deutlich höhere Bereitschaft zur Mitgliedschaft in politischen Organisationen, ebenso jedoch auch eine größere Demonstrationsbereitschaft. Während sich die Unterschiede zwischen den Jugendlichen in den alten und den neuen Ländern in der Bereitschaft zur Mitgliedschaft in politischen Organisationen offensichtlich primär auf den höheren Anteil von Materialisten im Osten zurückführen lassen, spielen die Wertorientierungen bei der Demonstrationsbereitschaft nur in den alten Bundesländern eine ausschlaggebende Rolle. In den neuen Ländern hingegen zeigt sich der weiter oben konstatierte Politisierungseffekt aus der Zeit der Wende von

24 Vgl. W. Melzer, Jugend und Politik (Tab. 1), S. 104.

25 Da Bürgerinitiativen oft in eine mehr oder weniger feste Organisationsstruktur eingebunden sind, die meist in eine Vereinsform mündet, werden sie in diesem Kontext zusammen mit konventionellen Organisationen thematisiert.

26 Damit sind Themen und Politikfelder gemeint, die vor allem von den Neuen Sozialen Bewegungen und den Grünen vertreten werden.

**Tabelle 4: Wertorientierungen und politische Partizipationsbereitschaft**  
(Befragte in Prozent, für die die entsprechende Partizipationsform in Frage kommt)

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
1. <i>In eine Partei eintreten und dort aktiv mitarbeiten</i>		
Insgesamt	23,8	21,2
Materialisten	12,5	11,8
Postmaterialisten	33,2	33,2
2. <i>Mitarbeit in einer Bürgerinitiative</i>		
Insgesamt	45,3	39,5
Materialisten	26,6	27,4
Postmaterialisten	66,8	53,8
3. <i>Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration</i>		
Insgesamt	62,8	79,1
Materialisten	44,8	71,8
Postmaterialisten	81,1	87,4
4. <i>Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration</i>		
Insgesamt	26,8	37,6
Materialisten	13,6	30,3
Postmaterialisten	47,3	52,8

Quelle: vgl. Tabelle 2.

1989: Hier ist der Anteil derjenigen, die politische Demonstrationen als Mittel der politischen Artikulation betrachten, auch bei den materialistisch orientierten Jugendlichen deutlich höher und gleichzeitig die Differenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten geringer als im Westen.

### Gewaltbereitschaft

Politisch motivierte Gewalt unterscheidet sich insofern von anderen Gewaltformen, als sie von politischen Einstellungen und Handlungsstrategien her begründet, legitimiert und in politischen Konfliktsituationen eingesetzt wird. Die Befunde der neuen Shell-Studie bestätigen die in der Öffentlichkeit häufig geäußerte Meinung nicht, das Gewaltpotential bei Jugendlichen steige und ostdeutsche Jugendliche zeigten eine größere Gewaltbereitschaft als die Jugendlichen aus dem Westen.

Immer wieder provoziert die Frage nach Gewaltaffinitäten Jugendlicher in der öffentlichen Diskussion Mißverständnisse. Das hängt damit zusammen, daß die verbale Zustimmung zu gewaltförmigen Aktionen direkt mit entsprechendem Handeln gleichgesetzt wird. Zwar läßt die Zustimmung

eines Jugendlichen zu einer Gewalt bejahenden Aussage erkennen, daß dieser eine solche Verhaltensweise persönlich für legitim hält; sie bedeutet aber nicht, daß er auch tatsächlich so handelt. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor liegt im wissenschaftlichen Erhebungsinstrumentarium: Mit den Mitteln der Umfrageforschung kann die tatsächliche Gewaltbereitschaft in konkreten Situationen kaum sicher erfaßt werden<sup>27</sup>. Diese hängt nicht nur von den Einstellungen zur Gewalt, sondern auch stark von den allgemeinpolitischen Rahmenbedingungen und situationsspezifischen Faktoren ab. Schon aus diesem Grunde ist es wichtig, daß die Politik- und Jugendforschung ihr Erkenntnisinteresse nicht weiterhin nahezu ausschließlich auf die Gruppengröße der „gewaltbereiten“ Jugendlichen konzentriert, sondern vielmehr die kulturellen und sozialen Lebenskontexte der „Gewaltbefürworter“ stärker ins Blickfeld nimmt<sup>28</sup>.

27 Einerseits lassen sich situative Faktoren mittels Umfragen nicht umfassend eruieren, und zum anderen ist die Anzahl der angeblich gewaltbereiten Personen von den in die Konstruktion des entsprechenden Index eingegangenen Items abhängig.

28 Vgl. hierzu auch Wolfgang Kühnel, Orientierungen im politischen Handlungsraum, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Anm. 18), Bd. 2, S. 70.

#### IV. Verhältnis zum Parteiensystem und Demokratieverständnis

Das Wahlverhalten der Jungwähler wird gemeinhin mit großer Aufmerksamkeit beobachtet, da es Hinweise auf Generationsbrüche gibt und als ein „Frühwarnsystem“ für eine politische Umorientierung in der Gesamtwählerschaft betrachtet wird. Dies gründet auf der Annahme, daß die politischen Erfahrungen in der jugendlichen Sozialisationsphase die Angehörigen einer Generation auch im weiteren Lebensverlauf prägen. Belege dafür gibt es sowohl im Hinblick auf das Ausmaß als auch auf die Ausrichtung ihrer Parteibindungen<sup>29</sup>.

Auch wenn die Unzufriedenheit der Jugendlichen mit dem Parteiensystem und den Politikern in den letzten fünfzehn Jahren zugenommen hat und politische Parteien und Wahlen nur einen geringen Stellenwert in den Lebensprioritäten junger Menschen einnehmen, so bleiben die Parteien in parlamentarischen Demokratien dennoch die zentralen politischen Akteure. Daher sollen im folgenden auch noch die Affinitäten zu den politischen Parteien betrachtet werden.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt, daß die Stimmenanteile der etablierten Parteien seit Beginn der achtziger Jahre vor allem bei den Jungwählern zurückgegangen sind. Dieser Trend wird noch deutlicher, wenn man die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung niedrigere Wahlbeteiligung berücksichtigt und die Nichtwähler in die Prozenturierung einbezieht<sup>30</sup>. Während sich die Jungwähler in den sechziger und siebziger Jahren zunehmend von den Unionsparteien abwandten und mehrheitlich für die Sozialdemokraten votierten, verlor die SPD im Verlauf der achtziger Jahre ihre führende Rolle in dieser Wählergruppe. Der CDU/CSU gelang es hingegen nicht, verlorengewonnenes Terrain zurückzugewinnen. Ihre Altersstruktur bleibt unausgewogen mit einem Schwerpunkt bei den älteren Wählern. Die Hauptnutznießer dieses Trends waren die Grünen. Allerbeck/Hoag wiesen allerdings darauf hin, daß auch die jüngeren Ko-

<sup>29</sup> Zur Stabilität des Ausmaßes der Parteibindungen vgl. Paul Allen Beck, *The Dealignment Era in America*, in: Russell J. Dalton/Scott C. Flanagan/Paul Allen Beck (Hrsg.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*, Princeton 1984, S. 240–266; zur Konstanz politischer Grundorientierungen vgl. M. Kent Jennings, *Residues of a Movement: the Aging of the American Protest Movement*, in: *American Political Science Review*, 81 (1987), S. 367–382.

<sup>30</sup> Vgl. Hans-Ludwig Mayer, *Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1990 nach Geschlecht und Alter*, in: *Wirtschaft und Statistik*, (1991) 4, S. 248–260 und S. 138\*–141\*.

Parteien präferieren und wählen<sup>31</sup>. Bei der Bundestagswahl 1990 stimmten insgesamt 80,5 % der Jungwähler (18–25 Jahre) für sie, im Vergleich zu 10,2 % für die Grünen bzw. das Bündnis '90.

Dabei unterschätzt man bei einer Betrachtung des tatsächlichen Wahlverhaltens den Bedeutungsrückgang der etablierten Parteien ganz erheblich. Nimmt man statt des Wahlverhaltens die Parteipräferenzen junger Menschen (eindeutig ermittelter erster Rang für eine Partei des Parteienskometers) und bezieht dabei auch diejenigen ohne klare Parteipräferenz ein, so liegen nach den Daten des DJI-Jugendsurveys CDU/CSU, SPD und FDP zusammen bei unter 50 %, nämlich bei 45,4 % in den alten und sogar bei nur 34,5 % in den neuen Bundesländern. Dagegen kommen die Grünen auf 20,2 % bzw. 20,6 %, die Republikaner auf 5,1 % bzw. 8,0 % und die PDS auf 1,2 % bzw. 7,1 % (vgl. Tabelle 5)<sup>32</sup>.

**Tabelle 5: Parteipräferenzen<sup>1</sup> in den neuen und den alten Bundesländern (in Prozent)**

	ABL	NBL
Kein 1. Rang	28,1	29,7
CDU/CSU	20,2	15,9
SPD	20,8	14,4
FDP	4,4	4,2
GRÜNE/Bündnis '90	20,2	20,6
PDS	1,2	7,1
Republikaner	5,1	8,0

ABL: Alte Bundesländer; NBL: Neue Bundesländer.

<sup>1</sup> Gebildet aus den Skalometer-Werten (– 5 bis + 5) für die sieben politischen Parteien.

Quelle: vgl. Tabelle 2.

<sup>31</sup> Vgl. Klaus Allerbeck/Wendy Hoag, *Jugend ohne Zukunft*, München 1985, S. 137.

<sup>32</sup> Die Parteipräferenz wurde im DJI-Jugendsurvey mittels des sog. Parteienskometers erhoben, bei dem sieben Parteien (CDU und CSU getrennt) nach Sympathie auf einer Skala von + 5 bis – 5 eingestuft wurden. Die in unserer Studie hier gefundenen Werte weichen vor allem für den Anteil der SPD und der Grünen deutlich von denen der Shell-Jugendstudie ab, wo im Westen 28 % und im Osten 17 % für die SPD, für die Grünen hingegen nur 14 % bzw. 11 % votierten. Dies kann durch das andere Meßinstrument, die andere Stichprobentechnik oder durch Veränderungen im Zeitverlauf bedingt sein. In der Shell-Studie wurde direkt danach gefragt, welcher Partei die Befragten am nächsten standen. Wie Wendy Hoags Analyse ferner zeigte, kann das Quotenverfahren zu beträchtlichen Verzerrungen in der Stichprobe im Hinblick auf zentrale Einstellungen führen; vgl. dazu Wendy Hoag, *Der Bekanntenkreis als Universum*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38 (1986), S. 123–132. Schließlich ist auch nicht auszuschließen, daß politische Entwicklungen die gefundenen Verteilungen beeinflussen.

Die Werte für die Parteipräferenz zeigen, daß die Ausdifferenzierung des Parteiensystems während des letzten Jahrzehnts zu einer stärkeren politischen Polarisierung in Deutschland geführt hat, die durch die Vereinigung Deutschlands noch erhöht wurde. Dies wird deutlich, wenn man die durchschnittliche Selbsteinstufung der verschiedenen Parteianhängergruppen auf der Links-Rechts-Skala betrachtet. Während sich die Positionen der Anhänger der Unionsparteien, der SPD, der FDP und der Grünen gegenüber Anfang der achtziger Jahre kaum verändert haben, sind inzwischen auf der Rechten die Republikaner und auf der Linken die PDS hinzugetreten. Die Mittelwerte reichen auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) im Westen von 2,7 (PDS-Anhänger) bis 7,3 (Republikaner-Anhänger), in den neuen Bundesländern von 3,6 bis 7,9. Von links nach rechts ergeben sich die folgenden Werte für die Anhänger der anderen Parteien: Grüne 4,2 (4,4), SPD 4,5 (4,6), FDP 5,6 (5,4), CDU/CSU 6,4 (6,4).

Die zunehmende politische Polarisierung in Deutschland mag zwar Regierungsbildungen und die Konsensfindung bei politischen Entscheidungen erschweren, sie spielt sich jedoch im Rahmen demokratischer Institutionen ab, die bei den Jugendlichen durchweg Unterstützung finden. Dies zeigt sich bei der Beurteilung der Idee der Demokratie, die von der überwältigenden Mehrheit von etwa 90 % der Jugendlichen befürwortet wird. Die Idee des Sozialismus findet demgegenüber nur bei 15,9 % in den alten und bei 39,8 % in den neuen Bundesländern Anklang, während der in der ehemaligen DDR praktizierte Sozialismus fast einhellig abgelehnt wird. Der Nationalsozialismus wird nur von 8,1 % bzw. 10,6 % befürwortet. Dies zeigt, daß es keine nennenswerte Unterstützung für alternative politische Ordnungsmodelle unter den jungen Menschen in Deutschland gibt. Die neueren Zahlen bestätigen das von Schmidtchen Anfang der achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik gefundene Ergebnis, daß die Demokratie in der Bundesrepublik – bei aller Kritik im einzel-

nen – von den Jugendlichen insgesamt positiv bewertet wird. Sie erhielt damals einen Mittelwert von 7,8 auf einer 11-Punkte-Skala, die USA einen von 6,9 und die DDR einen von 1,2. Lediglich die Schweiz lag in der Einschätzung der jungen Menschen noch vor der Bundesrepublik<sup>33</sup>.

Allerdings ist nur eine Minderheit der jungen Deutschen mit der Demokratie in der Bundesrepublik uneingeschränkt zufrieden (Skalenwerte +2 und +3), und dieser Anteil ist in den neuen Bundesländern deutlich geringer als in den alten. Dies ist auch auf die wahrgenommenen Leistungsschwächen der bundesdeutschen Politik zurückzuführen. Wie die Studie von Schmidtchen von 1980 und die Schülerbefragung des DJI von 1990 zeigen, werden von den Jugendlichen vor allem Versäumnisse im Umweltschutz, beim Minderheitenschutz, in der Realisierung der Gleichheit der Bildungschancen und der Gleichberechtigung der Frau, beim Recht auf Arbeit sowie bei den politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger wahrgenommen<sup>34</sup>. Beide Studien zeigen zudem, daß für die Jugendlichen die Realisierung sozialer Rechte und der Wohlfahrtsstaat integraler Bestandteil ihres Demokratieverständnisses sind. Auch wenn die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht unmittelbar in politische Entfremdung umschlägt, so ist doch nicht auszuschließen, daß sie zur Politikverdrossenheit beiträgt. In solchen Situationen dienen die politischen Randparteien als Sammelbecken der Unzufriedenen. Dies ist nach den Ergebnissen des DJI-Jugendsurveys auch gegenwärtig der Fall. Die Anhänger der PDS und der Republikaner weisen im Hinblick auf verschiedene Lebensbereiche signifikant geringere Zufriedenheitswerte auf als der Durchschnitt der befragten Jugendlichen.

33 Vgl. Gerhard Schmidtchen, *Jugend und Staat*, in: Ulrich Matz/G. Schmidtchen, *Gewalt und Legitimität*, Opladen 1983, S. 135.

34 Vgl. ebd., S. 129 ff.; Ursula Hoffmann-Lange, *Politische Zufriedenheit und die Legitimität des politischen Systems*, in: *Deutsches Jugendinstitut* (Anm. 8), S. 88–99.

## Berufschancen von Jugendlichen in den neuen Bundesländern

---

### I. Jugendliche in den neuen Ländern – eine Generation des Umbruchs

---

Die Ereignisse seit 1989 beließen die meisten Jugendlichen der alten Bundesländer in der Rolle von nur mittelbar betroffenen Beobachtern. Der Fall der Mauer, die Wiedervereinigung und Steuererhöhungen sind die wesentlichen Stichpunkte, die westdeutsche Jugendliche in der Shell-Studie '92 als wichtige Veränderungen nennen. Ihren Altersgenossen in den neuen Bundesländern fallen dagegen primär Aspekte ein, die sie mit konkreten, unmittelbar persönlichen Erfahrungen verbinden: Reise-, Konsum-, Meinungs- und Redefreiheit, aber auch Kurzarbeit, Angst und Unsicherheit sind ihre häufigsten Assoziationen zu den Geschehnissen seit 1989<sup>1</sup>. Wende und Wiedervereinigung werden von den meisten Jugendlichen im neuen Bundesgebiet als eine tiefe Zäsur ihres bisherigen Lebenslaufes beschrieben<sup>2</sup>.

Eine Abhandlung über die Berufschancen dieser Jugendlichen kann deshalb nicht umhin, die besonderen zeitgeschichtlichen Umstände zu berücksichtigen, unter denen diese Generation aufwuchs. Die Jugendlichen bringen aus dem ehemaligen Bildungs- und Beschäftigungssystem der DDR Vorerfahrungen mit, auf die sie in ihrer Stellungnahme und Einstellung zur heutigen Lage zurückgreifen. Die veränderte bildungs- und beschäftigungspolitische Konzeption verlangt ihnen jedoch mehr als eine bloße Stellungnahme ab; die Jugendlichen sind aufgefordert, sich aktiv an die neue Situation anzupassen und sich in Hinblick auf die jetzigen

1 Vgl. Dieter Kirchhöfer, Eine Umbruchgeneration? Wende- und Vereinigungserfahrungen, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im Vereinigten Deutschland, Bd. 2: Im Spiegel der Wissenschaften, Opladen 1992, S. 15–34.

2 Vgl. Cordula Günther/Sarina Keiser, Was hat die Vereinigung den Jugendlichen gebracht? Aussagen und Wertungen von Jugendlichen in den neuen Bundesländern, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Anm. 1), Bd. 3: Die neuen Länder: Rückblick und Perspektiven, Opladen 1992, S. 307–320.

Bedingungen für ihre berufliche Entwicklung neu zu orientieren. Während früher die Einmündung in ein Beschäftigungsverhältnis über Schule und Berufsausbildung bzw. Studium in weitgehend vordeterminierten Bahnen verlief, wird nun der Karriereverlauf stärker durch individuelle Entscheidungen und Vorleistungen bestimmt. Dabei eröffnen sich neue Chancen, doch ist der Erfolg keineswegs garantiert.

Wir wollen im nachfolgenden versuchen zu skizzieren, wie sich die Berufschancen der Jugendlichen durch die „Wende“ 1989 und ihre Folgen bisher entwickelten. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei den Perspektiven nach Absolvierung der Pflichtschulzeit und dem großen Anteil jener Jugendlichen, die eine Berufsausbildung im dualen System anstreben. In unserer Abhandlung sollen Daten zu den strukturellen Veränderungen des Berufsbildungs- und Beschäftigungssystems eine ebenso große Rolle spielen wie die Aussagen und Sichtweisen der betroffenen Jugendlichen selbst.

#### 1. Die berufliche Situation der Jugendlichen vor der Wende

Nach Art. 25 Abs. 4 der Verfassung der DDR hatten alle Jugendlichen „das Recht und die Pflicht, einen Beruf zu erlernen“. Im Anschluß an die Ausbildung wurde ihnen, unabhängig vom Ausbildungserfolg, „das Recht auf einen Arbeitsplatz garantiert“ (Art. 24 Abs. 1). Die Absicherung dieser verfassungsmäßigen Rechte war nur durch eine umfassende staatliche Kontrolle möglich; die Berufsausbildung mußte „vom sozialistischen Staat geleitet“ werden (§ 129 Arbeitsgesetzbuch der DDR). Konflikte zwischen den Berufswünschen des einzelnen Jugendlichen und den gesellschaftlichen Erfordernissen<sup>3</sup> konzidierte man dabei nicht. Zwar wurde die Kongruenz zwischen individueller Neigung und gesellschaftlichem Interesse auch nicht als spontan gegeben angesehen. Doch propagierte man, in der sozialistischen Gesellschaft über jene „Möglichkeiten und Mittel“ zu verfügen, um

3 Die Definition des gesellschaftlichen Bedarfs folgte vorrangig den Interessen der Volksarmee, der Industrie, der Bau- und der Landwirtschaft.

gemeinsam mit den zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ heranreifenden Jugendlichen „Übereinstimmung“ herstellen zu können<sup>4</sup>.

Da das Berufsbildungssystem der DDR in die zentrale Planwirtschaft eingebettet war, mußte der Zugang von den allgemeinbildenden zu den weiterführenden Schulen bzw. zu den Lehrstellen der Betriebe nach eindeutigen quantitativen (*wie viele Jugendliche in welche Ausbildungsgänge*) und nach mehrdeutigen qualitativen (*welche Jugendliche*) Vorgaben reglementiert werden. Gegen Ende der achtziger Jahre durften nur knapp 13 % der Absolventen der allgemeinbildenden, zehnjährigen Pflichtschule, der Polytechnischen Oberschule (POS), die Erweiterte Oberschule (EOS) besuchen und somit nach zwei weiteren Jahren die Hochschulreife erwerben. Zwar wurde zusätzlichen 6 % die Möglichkeit eingeräumt, das Abitur im Rahmen eines mit einer dreijährigen beruflichen Lehre kombinierten Bildungsganges zu erreichen, doch blieb in der DDR der Abiturientenanteil eines Jahrganges deutlich hinter der Quote in den alten Bundesländern (knapp ein Drittel) zurück. Die qualitativen Eingangsvoraussetzungen für die Erweiterte Oberschule waren zudem nicht allein auf den Notendurchschnitt beschränkt. Neben leistungsbezogenen Kriterien spielten ideologische Zuverlässigkeit, die Art der weiteren beruflichen Pläne (z. B. Offizierslaufbahn in der Volksarmee), die soziale Herkunft (möglichst aus der Arbeiterklasse) und Beziehungen zu den Auswahlgremien für die EOS eine entscheidende Rolle. Die Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen bildete Art. 26 Abs. 1 der DDR-Verfassung: „Der Staat sichert die Möglichkeit des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung.“

Dennoch waren die Chancen der Arbeiterkinder, ein Hochschulstudium zu absolvieren, nicht höher

4 So z. B. Manfred Nast, *Das Recht des Menschen auf Bildung*, Berlin (DDR) 1978, S. 87. Nach offizieller Verlautbarung war sichergestellt, daß nahezu 90 % der Jugendlichen ihren Wunschberuf erlernen konnten. Doch verließen viele nach Abschluß der Lehre ihren Ausbildungsbetrieb (trotz einer in § 140 des Arbeitsgesetzbuches festgelegten Übernahmeverpflichtung des Betriebes) und nahmen eine Arbeit auf, die nicht unbedingt in einer inhaltlichen Nähe zu ihrer Ausbildung stand. Dieter Burkhardt wertet dies als Symptom dafür, daß viele Jugendliche einen Beruf erlernen mußten, der „nicht ihren Interessen entsprach“; vgl. Dieter Burkhardt, *Strukturen der Berufsbildung in der DDR*, in: Brigitte Seyfried/Peter Wordelmann (Hrsg.), *Neue Länder – neue Berufsausbildung?*, Berlin 1992, S. 33.

als in den alten Bundesländern. Im Gegenteil: Die restriktive Übergangsquote zur EOS (in der Regel nur zwei Schüler einer 10. Klasse) und eine schleichende Aushöhlung des Klassenherkunftsprinzips stabilisierten zunehmend die Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Von den Studenten stammte gegen Ende der achtziger Jahre mehr als die Hälfte aus Familien, bei denen zumindest ein Elternteil das Abitur besaß (1989: 52 %). Damit führten die DDR-Hochschulen in einem stärkeren Maße zu „einer intergenerativen Reproduktion des akademischen Status“ als in den alten Bundesländern. Dort stellten Akademikerkinder zum gleichen Zeitpunkt lediglich ein Drittel aller Hochschüler<sup>5</sup>.

Über vier Fünftel der Absolventen der 10. Klasse POS mündeten in eine berufliche Qualifizierung ein, die in der Regel aus einer zwei- bis zweieinhalbjährigen Qualifizierung zum Facharbeiter (in knapp 300 Berufen) bestand. Die Ausbildung war in der DDR ähnlich dual organisiert wie in den alten Bundesländern. Theoretische Ausbildungsabschnitte in Berufsschulen wechselten sich mit praktischen Lernphasen in den Betrieben bzw. in ihren Lehrwerkstätten ab. Jedoch waren, um dem Primat der Einheit von Theorie und Praxis besser Genüge leisten zu können, vier Fünftel der insgesamt 1250 Berufsschulen unmittelbar den Betrieben zugeordnet. Das zentralistische Prinzip der Ausbildungsorganisation in enger Verbindung zu den Großbetrieben und Kombinatn führte zu einem hohen Anteil der Fremdausbildung (ein Drittel der Lehrlinge kam aus anderen Betrieben), die eine externe Wohnunterbringung (insgesamt 1300 Lehrlingsinternate mit über 100 000 Plätzen) einschloß<sup>6</sup>.

Neben der fachlichen Qualifizierung gehörte zu den wesentlichen Zielen der Berufsausbildung, „zur Verteidigung des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus sowie zur Festigung der Verteidigungsbereitschaft beizutragen“<sup>7</sup>. Deshalb wurde auch ein vormilitärischer Ausbildungsabschnitt für alle männlichen Lehrlinge als notwendig erachtet<sup>8</sup>. Nahezu alle Lehr-

5 Vgl. Hans Apel, *Intergenerative Bildungsmobilität in den alten und neuen Bundesländern*, in: *Jugendwerk der Deutschen Shell*, Bd. 2, (Anm. 1), S. 363.

6 Vgl. Manfred Horn, *Berufsausbildung in der DDR*, in: B. Seyfried/P. Wordelmann (Anm. 4), S. 51–64.

7 Vgl. Autorenkollektiv (Ltg. Wolfgang Behrend/Günter Feierabend), *Leitungstätigkeit des Direktors an Einrichtungen der Berufsbildung*, Berlin (DDR) 1988, S. 14.

8 Vgl. § 133 Abs. 2 Arbeitsgesetzbuch der DDR: „Der Lehrling ist verpflichtet, während des Lehrverhältnisses an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen, sich militär-

linge waren Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

In den letzten Jahren der DDR waren alle Formen der Bildungseinrichtungen durch einen erheblichen materiellen Verschleiß und Nachholbedarf gekennzeichnet. Dies betraf die sanitären Anlagen der Wohnheime ebenso wie die technische Ausstattung der Lernorte Berufsschule und Betrieb<sup>9</sup>. Der wirtschaftliche Verfall der DDR wurde seit Mitte der achtziger Jahre von einer zunehmenden Distanzierung der ostdeutschen Jugendlichen gegenüber ihrem Staat begleitet. Nach einer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung initiierten Studie waren in den achtziger Jahren die beruflichen Karrierechancen der um 1960 geborenen Jugendlichen gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten vorausgegangener DDR-Generationen deutlich gesunken: „Was vor allem in den ersten drei Jahrzehnten der DDR eher loyalitätsstiftende Wirkung hatte, nämlich weitreichende Weiterqualifizierungschancen, berufliche Umorientierungen mit Aufstiegschancen und Dynamik im Arbeitsleben, dürfte im letzten Jahrzehnt spürbar zurückgegangen sein. Das scheint (...) zu einer erheblichen, zunächst latenten Unzufriedenheit geführt zu haben.“<sup>10</sup> Untersuchungen des Zentralinstitutes für Jugendforschung in Leipzig zeigten, daß sich im Mai 1989, wenige Monate vor der Wende, 62 % der Lehrlinge kaum oder gar nicht mit dem Marxismus-Leninismus identifizierten. Nur noch 10 % fühlten sich stark mit der SED verbunden. Dagegen stieg das Streben nach individueller Selbstbestimmung, Bildung und beruflichem Erfolg, nach gesellschaftlicher Anerkennung sowie nach materiellen Werten deutlich an<sup>11</sup>.

politische und militärfachliche Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen bzw. an den Maßnahmen der Zivilverteidigung mitzuwirken.“

9 Vgl. Bernhard Autsch/Harald Brandes/Günter Walden, Bedingungen und Aufgaben bei der Umgestaltung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern, Berlin-Bonn 1991. Die Autoren untersuchten die materielle und immaterielle Situation der ostdeutschen Ausbildungsstätten kurz vor der Wiedervereinigung. Allein den Finanzbedarf zur materiellen Erneuerung der Berufsschulen schätzten sie auf 1,1 Mrd. DM. Inzwischen geht man bereits von mehr als 18 Mrd. DM aus. Vgl. Regina Kusch/Andreas Beckmann, Vom Kombinat zum Chaos. Neuaufbau des Berufsschulwesens in den neuen Bundesländern, in: PÄD Extra, 21 (1993) 1, S. 40-45.

10 Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer, Lebensläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, S. 158.

11 Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/90, S. 25-37.

## 2. Auswirkungen der Wende

Die politische Wende 1989 leitete einen vollständigen und abrupten Bruch mit dem Berufsbildungssystem der DDR ein. Dieser machte auch vor Konzepten nicht halt, die selbst von vielen westlichen Experten als diskussionswürdig erachtet wurden (z.B. die dreijährige Berufsausbildung mit Abitur<sup>12</sup>). Der Transfer des westdeutschen Systems der beruflichen Bildung und seiner Berufsstruktur wurde bereits im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 festgelegt. Um schon für die Lehrlinge des am 1. September beginnenden Lehrjahres 1990/91 eine Ausbildung innerhalb des bundesrepublikanischen Ordnungsrahmens sicherstellen zu können, übernahm die Volkskammer mit Wirkung vom 13. August 1990 bzw. 27. Juli 1990 in allen wesentlichen Teilen das Berufsbildungsgesetz und die Handwerksordnung.

Die formelle Umstellung des DDR-Ausbildungssystems in ein in marktwirtschaftliche Strukturen eingebettetes Modell wurde in der Praxis von einer Vielzahl von Übergangsproblemen begleitet. Während das von den alten Bundesländern übernommene System im wesentlichen auf die Klein- und Mittelbetriebe hin abgestimmt ist, war die Berufsausbildung der DDR primär auf die Kombinate konzentriert; zuletzt befanden sich drei Viertel aller Lehrlinge in Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten (in den alten Bundesländern lediglich ein Fünftel). Die Entflechtung, Privatisierung, Straffung und Stilllegung der Kombinate berührte somit gerade jenen Bereich, in dem schwerpunktmäßig ausgebildet wurde. Die Folge war, daß ein erheblicher Teil an Ausbildungsplätzen verloren ging. Dies drückte sich sowohl in einer Verringerung des Angebots als auch in der Auflösung bereits bestehender Ausbildungsverhältnisse aus. Im ersten Ausbildungsjahr nach der Wiedervereinigung wurden 28 900 sog. „Konkurslehrlinge“ aus stillgelegten Betrieben registriert<sup>13</sup>.

Um diesen Jugendlichen die Weiterführung und erfolglosen Lehrstellenbewerbern den Beginn ihrer Berufsausbildung zu ermöglichen, wurde im Einigungsvertrag die befristete Fortdauer des § 40c Abs. 4 des Arbeitsförderungsgesetzes der DDR (AFG/DDR) festgeschrieben. Damit wurde die außerbetriebliche Ausbildung von sog. „marktbenachteiligten Jugendlichen“ legalisiert. Inner-

12 Vgl. Peter Dehnpostel, Doppeltqualifizierende Bildungsgänge in den neuen Bundesländern? in: B. Seyfried/P. Wordelmann (Anm. 4), S. 437-454.

13 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Berufsberatung 1990/91, Nürnberg 1992, S. 39-42.

halb kurzer Zeit entstand ein regelrechter Markt von freien Trägern und sog. „Ausbildungsringen“, die der Bundesanstalt für Arbeit dementsprechende Ausbildungsplätze zur weiteren Vermittlung an die Jugendlichen anboten<sup>14</sup>. 1990/91 mündeten 34 900 in eine solche voll staatlich finanzierte, außerbetriebliche Ausbildung ein, somit jeder dritte von denjenigen, die in diesem Jahr mit einer Lehre begannen oder sie nach einem Betriebskonkurs fortsetzen wollten. Dabei zeichneten sich deutliche regionale Unterschiede zu Lasten der Arbeitsamtsbezirke an den deutschen Außengrenzen zu Polen und zur ehemaligen Tschechoslowakei ab. In Annaberg machten die überbetrieblichen Ausbildungsplätze 72 % des Gesamtangebots an Lehrstellen aus<sup>15</sup>.

Zur kurzfristigen Ausweitung der Ausbildungsleistung der Kleinbetriebe stellte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zur Mitte des Jahres 1991 einmalig ein Sonderprogramm bereit, innerhalb dessen Ausbildungsplätze in Kleinunternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten finanziell mit jeweils 5 000,- DM bezuschußt wurden. Die Länder ergänzten dieses Programm in verschiedenster Form und führten finanzielle Hilfen für ausbildungsbereite Betriebe auch nach 1991 kontinuierlich fort<sup>16</sup>. Um die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe mittel- und langfristig sicherzustellen, wurde mit der flächendeckenden Aufbauförderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) begonnen. Diese werden von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Kammern), von kommunalen Körperschaften, gemeinnützigen Vereinen oder GmbHs getragen und sollen in Lehrgängen den Auszubildenden jene Qualifikationen vermitteln, die kleinere Betriebe nur unzureichend erbringen können. Durch den Aufbau von ÜBS werden solche Betriebe häufig erst in die Lage versetzt, betriebliche Ausbildungsplätze anzubieten<sup>17</sup>.

Eine erste Annäherung der Ausbildungsverhältnisse an westdeutsche Strukturen war bereits im

14 Zu den verschiedenen Formen der außerbetrieblichen Ausbildung vgl. Dieter Burkhardt, Außerbetriebliche Ausbildungsstätten, in: B. Seyfried/P. Wordelmann (Anm. 4), S. 363–378.

15 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Anm. 13).

16 So z. B. durch eine Förderung von ausbildungsbereiten Betrieben mit einer Größe von über 20 Beschäftigten. Eine detaillierte Auflistung ist enthalten in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1992, Bad Honnef 1992, S. 238 ff.

17 Vgl. Kurt Kielwein, Entwicklung und Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) in den neuen Bundesländern, in: B. Seyfried/P. Wordelmann (Anm. 4), S. 419–433.

Herbst 1991 erkennbar. Laut einer Erhebung im Rahmen des Arbeitsmarkt-Monitors lernten zu diesem Zeitpunkt bereits 29 % des ersten Ausbildungsjahres in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten<sup>18</sup>. Differenziert man die im nachfolgenden Jahr 1991/92 neu abgeschlossenen Verträge nach Wirtschaftsbereichen (Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft etc.), so sind die relativen Anteile der einzelnen Bereiche bereits weitgehend mit denen im alten Bundesgebiet deckungsgleich. Allerdings ist dieses Ergebnis nicht alleine marktbedingt, sondern teilweise Folge der gezielten kompensatorischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Diese fördert in Voraus-schätzung des künftigen Fachkräftebedarfs außerbetriebliche Ausbildungsplätze insbesondere für Dienstleistungsberufe.

---

## II. Die gegenwärtige Situation der beruflichen Bildung

---

Das neue Schul- und Berufsbildungssystem gibt den Jugendlichen ein höheres Maß an Selbstbestimmung und an Selbstverantwortung. Das starke Interesse am Abitur (jeweils 47 % der Schüler der 9. und 10. Klassen an allgemeinbildenden Schulen möchten einmal die Hochschul- oder Fachhochschulreife erreichen<sup>19</sup>) verdeutlicht, daß durch die politische Wende und durch die Dereglementierung der schulischen Bildungswege den Jugendlichen neue Bildungschancen eröffnet werden konnten. Zugleich zeigt eine vom Bundesinstitut für Berufsbildung im Schuljahr 1991/92 durchgeführte Befragung von 2 500 Schülern der 10. Klasse, daß weiterhin knapp 70 % eine Lehre im dualen System anstreben<sup>20</sup>. Der betrieblichen Berufsausbildung kommt somit auch nach der Wende eine besondere Wertschätzung zu; dabei mag der hohe Status, den der Facharbeiter in der ehemaligen DDR besaß, durchaus stabilisierend gewirkt haben.

Von Oktober 1991 bis September 1992 meldeten 138 300 Jugendliche bei den Arbeitsämtern ihr

18 Vgl. Karen Schober, Betriebliche Ausbildung noch unzureichend, IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit)-Kurzbericht Nr. 20 vom 12. 8. 1992, Nürnberg 1992.

19 Vgl. dies., Neue Bundesländer: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Zur Veränderung der Ausbildungswünsche im Jahr 1992, IAB-Kurzbericht Nr. 1 vom 1. 2. 1993, Nürnberg 1993.

20 Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Anm. 16), S. 46 ff.

Interesse an einer Ausbildung an, darunter „nur noch“ 4 000 Konkurslehrlinge. Dieser Zahl standen 88 400 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber, die die Unternehmen den Arbeitsämtern meldeten. Da davon im Laufe des Jahres wiederum einige Tausend Plätze storniert wurden, reduzierte sich das Angebot auf unter 80 000. Von den 138 300 Jugendlichen mündeten schließlich 78 500 bzw. 57 % in eine betriebliche Ausbildung ein. Zur Reduzierung der Angebots-Nachfrage-Diskrepanz finanzierte die Bundesanstalt für Arbeit 16 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze, die weitere 12 % der Bewerber einnahmen. Unter Einschluß der 4 200 lernbeeinträchtigten bzw. sozial benachteiligten Jugendlichen, die in speziellen Einrichtungen außerbetrieblich ausgebildet werden, fanden somit insgesamt 98 700 bzw. 71 % der bei den Arbeitsämtern registrierten Bewerber einen Ausbildungsplatz<sup>21</sup>.

Die verbleibenden 39 600 Jugendlichen bzw. 29 %, von denen 17 900 erneut die Schule besuchten und 15 600 laut Berufsberatungsstatistik „sonstig“ einmündeten, symbolisieren keineswegs eine „Ausbildungsplatzkatastrophe“. Denn selbst in den alten Bundesländern, wo in den Arbeitsämtern 721 800 Lehrstellenmeldungen registriert wurden, sich aber nur 403 500 Bewerber einfanden, begannen letztlich noch nicht einmal 60 % der Bewerber eine betriebliche Ausbildung. Die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerbungen müssen im Kontext eines nicht abgeschlossenen beruflichen Entscheidungsprozesses gesehen werden, innerhalb dessen die Jugendlichen verschiedene Alternativen abwägen und sich dabei eventuell auch von einer Berufsausbildung im dualen System zeitweise oder auf Dauer abwenden: Eine vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Auftrag gegebene Befragung ergab, daß allein zwischen November 1991 und Mai 1992 etwa 30 % der ursprünglich an einer Lehrstelle interessierten Jugendlichen diese Absicht fallenließen, zugleich aber nahezu vollständig von Jugendlichen ersetzt wurden, die nach einem anfänglichen Desinteresse nun eine Ausbildung im dualen System einplan-

21 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Berufsberatung 1991/92, Nürnberg 1993, S. 33–43. Zur Situation der Berufsausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher vgl.: Peter-Werner Kloas, Neue Bundesländer: Benachteiligte Jugendliche im Abseits, in: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, 21 (1992) 5, S. 52–54. Kloas sieht die Gefahr, daß „das Grundproblem der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen (...) die Bemühungen um eine zielgruppengerechte Förderung benachteiligter Jugendlicher in den Hintergrund drängt“, und betont einen deutlichen „Nachholbedarf gegenüber den alten Bundesländern“.

ten<sup>22</sup>. De facto konnte in den neuen Bundesländern, wenn auch mit massiver staatlicher Unterstützung, jedem weiterhin ausbildungswilligen Jugendlichen zumindest eine Alternative angeboten werden; die Quote der unvermittelt gebliebenen Bewerber fiel in den neuen Bundesländern mit knapp 1 % geringer aus als in den alten Ländern (3 %).

Dennoch stehen die Jugendlichen in den neuen Bundesländern weiterhin vor besonderen Anforderungen. Dies gilt insbesondere für Frauen. Zwar weisen sie, bedingt durch die hohe Erwerbsquote in der ehemaligen DDR, eine sehr starke Berufsorientierung auf<sup>23</sup>, doch können sie öfter als ihre männlichen Altersgenossen ihre beruflichen Ziele nicht realisieren. Einige Zahlen verdeutlichen dies: Frauen stellten von Oktober 1991 bis September 1992 zwar 52 % aller Ausbildungsplatzbewerber, aber nur 47 % derjenigen, die eine betriebliche Ausbildungsstelle fanden. Häufiger als in den alten Bundesländern werden im neuen Bundesgebiet betriebliche Ausbildungsplätze ausschließlich für männliche Bewerber ausgeschrieben; zugleich ist die Zahl der von weiblichen Bewerbern favorisierten betrieblichen Ausbildungsplätze im Dienstleistungsbereich immer noch überdurchschnittlich gering. Die Folge ist, daß junge Frauen 65 % der sogenannten „marktbenachteiligten“ Jugendlichen stellen, die in eine außerbetriebliche Lehre vermittelt wurden, bzw. 67 % derjenigen, die erneut die Schule besuchen. Auch unter den sogenannten Ausbildungspendlern sind Frauen überdurchschnittlich stark vertreten: Von den ca. 45 000 ostdeutschen Jugendlichen, die sich im alten Bundesgebiet ausbilden lassen, sind 55 % weiblich<sup>24</sup>.

Den Ausbildungsstätten im neuen Bundesgebiet mangelt es teilweise weiterhin an ausreichenden methodischen und technischen Voraussetzungen für eine qualifizierte Ausbildung. Wie in den alten Ländern, so werden nun auch im neuen Bundesgebiet Abstimmungsdefizite mit den aus den Betrieben ausgelagerten Berufsschulen beklagt. Die IHK Berlin befürchtet für 1993 große Probleme bei den Lehrabschlußprüfungen, da vielerorts eine fachge-

22 Vgl. K. Schober (Anm. 19).

23 Vgl. Uta Meier, Berufseinstiegsprobleme, Berufsorientierungen und soziale Einstellungen von Auszubildenden in den neuen Bundesländern, in: B. Seyfried/P. Wordelmann (Anm. 4), S. 193–213.

24 Vgl. Karen Schober, Wohnen im Osten – Lernen im Westen. Zur Situation der Ausbildungspendler in den neuen Ländern, IAB-Kurzbericht Nr. 2 vom 17. 2. 1993, Nürnberg 1993.

rechte Vorbereitung der Auszubildenden gefährdet sei<sup>25</sup>.

Während der Eintritt in die Berufsausbildung bisher von umfangreichen staatlichen Programmen flankiert wurde, sind die Jugendlichen nach Abschluß ihrer Lehre nahezu allein auf ihre eigene Initiative verwiesen. Dabei werden die ersten Jahrgänge, die nach der Wiedervereinigung mit einer Berufsausbildung begannen, auf einen Arbeitsmarkt treffen, der nicht minder von den Begleiterscheinungen der Umstrukturierung gekennzeichnet ist. Vor dem Hintergrund einer weiterhin prognostizierten Abnahme der Gesamtbeschäftigtenzahl<sup>26</sup> ist mit bedeutenden Integrationsproblemen zu rechnen, die dem Übergang von der Lehre in das Erwerbsleben den Charakter einer „zweiten Schwelle“ verleihen. Um die vorhandenen Arbeitsplätze stehen die Absolventen nicht nur untereinander im Wettbewerb, sondern vor allem auch mit den zahlreichen Umschülern. Deren Konkurrenzvorteile liegen nicht allein in der bereits vorhandenen Berufserfahrung, sondern auch in diversen finanziellen Wiedereingliederungshilfen, welche die Arbeitsämter in diesen Fällen den Betrieben gewähren. Für außerbetriebliche Lehrabsolventen ohne kontinuierliche Kontakte zu Betrieben dürfte sich die Arbeitssuche besonders schwierig gestalten. Ende Februar 1993 waren 24 300 Jugendliche bis unter 20 Jahren und 118 200 Jugendliche im Alter von 20 bis unter 25 Jahren arbeitslos<sup>27</sup>. Von allen Arbeitslosen zwischen 16 und 25 Jahren in Deutschland stammen somit 30 % aus dem neuen Bundesgebiet, obwohl dort insgesamt nur 18 % dieser Altersgruppe leben<sup>28</sup>.

---

### III. Ausblick auf das Ausbildungsjahr 1993/94

---

Für 1993/94 werden sich die Probleme bei der Versorgung der Jugendlichen mit Lehrstellen nicht verringern. Aus den 1992 beobachtbaren rückläufigen Zahlen (-5 % bei den Bewerbern und -44 %

25 Vgl. Thomas Rottschäfer, Lehrlinge vor dem Prüfungsdesaster, in: Berliner Zeitung vom 12. Juli 1992.

26 Vgl. dazu im einzelnen: Hans-Uwe Bach/Thomas Jung-Hammon/Manfred Otto, Neue Bundesländer: Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt (IAB Werkstattbericht Nr. 1.2/15.2. 1993), Nürnberg 1993.

27 Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

28 Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben der Bundesanstalt für Arbeit und der Daten aus: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten 1992/93, Bonn 1992.

bei den Neuabschlüssen außerbetrieblicher Auszubildungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr) darf keinesfalls auf eine Entspannung auf Seiten der Ausbildungsplatznachfrage geschlossen werden. Die Rückgänge sind im wesentlichen Folge der starken Abnahme der „Konkurslehrlinge“ (-86 %). Sieht man von dieser Gruppe ab, wird deutlich, daß die Zahl der übrigen Bewerber 1992 um 15 % zunahm und daß von diesen „Erstbewerbern“ mit insgesamt 13 900 Personen nicht sehr viel weniger (-12 %) in eine außerbetriebliche Ausbildung einmündeten als im Vorjahr. Zudem ist damit zu rechnen, daß 1993 ein Teil der in der Vergangenheit nicht verwirklichten Ausbildungsplatznachfrage als „Altnachfrage“ zusätzlich wirksam wird. Berücksichtigt man außerdem demographische Aspekte (höhere Schulabgängerzahlen) und den wachsenden Stellenwert einer Lehre bei Abiturienten, kann von einer Nachfragesteigerung um deutlich mehr als 10 % ausgegangen werden<sup>29</sup>.

Die in der Vergangenheit initiierten Bemühungen zur Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe müssen insofern auch 1993 intensiv fortgesetzt werden. Dies gilt um so mehr, als der § 40c Abs. 4 AFG/DDR zur staatlichen Vollfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze letztmalig für den Ausbildungsjahrgang 1992/93 angewandt werden durfte. Die 10. Novellierung des AFG sieht keine Verlängerung vor; es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form eine Nachfolgeverordnung getroffen wird. Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung, der vierteljährlich von Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder besetzt ist und die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung berät, geht in seiner mehrheitlichen Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 1993 davon aus, daß auch für den kommenden Jahrgang außerbetriebliche Ausbildungsplätze erforderlich sind<sup>30</sup>.

Der Anteil der Ausbildungsbetriebe an der Gesamtzahl aller Betriebe im neuen Bundesgebiet wird gegenwärtig auf erst 5-10 % geschätzt. Um mehr Ausbildungskapazitäten zu gewinnen, muß also nicht erst auf die weitere Gründung neuer Unternehmen gewartet werden. Eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung ergab, daß lediglich die Hälfte der zur Zeit nicht ausbildenden Betriebe als grundsätzlich nicht ausbildungswillig (obwohl ausbildungsfähig) eingestuft werden muß. Bei den

29 Vgl. Karin Schober, Ausbildungsnachfrage '93 Ost, IAB-Kurzbericht Nr. 3 vom 11. 3. 1993, Nürnberg 1993.

30 Vgl. Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung 4/93 vom 11. 2. 1993.

anderen Betrieben kristallisieren sich drei unterschiedliche Typen heraus:

1. solche, die durch starke finanzielle Anreize für die Aufnahme der Ausbildung gewonnen werden könnten,
2. Betriebe, denen es nicht um finanzielle Anreize, sondern primär um gezielte Ansprache und Beratung geht, und
3. Betriebe, die ihre Ausbildungsbereitschaft von ihrer weiteren, zur Zeit ungewissen Entwicklung abhängig machen.

Insgesamt gesehen sind durchaus Chancen vorhanden, zumindest in näherer Zukunft „genügend qualifizierte Ausbildungsbetriebe in den neuen Bundesländern zu gewinnen“<sup>31</sup>.

---

#### IV. Berufsleben und gegenwärtige Berufschancen aus der Sicht der Jugendlichen

---

Die Jugendlichen (Ost) konkretisierten ihre Vorstellungen über ihren beruflichen Lebensweg bisher ungefähr anderthalb Jahre früher als ihre Altersgenossen im alten Bundesgebiet. Dies wurde u. a. durch die insgesamt kürzeren Schulzeiten hervorgerufen. Im Durchschnitt wußten die Jugendlichen bereits mit 15,4 Jahren, „was sie beruflich machen wollen“, während die Jugendlichen (West) erst später, mit knapp 17 Jahren, genauere Vorstellungen über ihren zukünftigen Beruf entwickelten<sup>32</sup>.

Den konkreteren Vorstellungen der Jugendlichen (Ost) steht jedoch eine weniger günstige Ausbildungsstellenbilanz und Arbeitsmarktlage gegenüber. Jugendliche in den neuen Bundesländern sehen sich demnach in höherem Maße davon betroffen, ihre beruflichen Vorstellungen und Wünsche nur bedingt realisieren zu können. In der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Auftrag gegebenen Zusatzerhebung zum Arbeitsmarkt-Monitor vom November 1991 gaben 43 % der Jugendlichen, die sich in einer Lehre befan-

---

31 Vgl. Richard von Bardeleben, Probleme der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern aus der Sicht nicht ausbildender Betriebe, in: Ulrich Degen (Hrsg.), Zum Übergang des ostdeutschen Berufsbildungssystems, Berlin - Bonn 1993 (i. E.).

32 Vgl. Imke Behnken/Jürgen Zinneker, Lebenslaufereignisse, Statuspassagen und biografische Muster in Kindheit und Jugend, in: Jugendwerk der Deutschen Shell, Bd. 2, (Anm. 1), S. 127-143, siehe insbesondere S. 132-134.

den, an, in ihrem Wunschberuf ausgebildet zu werden (47 % der Männer, 37 % der Frauen). Die Auszubildenden demonstrierten angesichts der wirtschaftlichen Umbruchsituation eine hohe Anpassungs- und Kompromißbereitschaft. Drei Viertel neigten zu der Auffassung, bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage müsse man auch bereit sein einen Beruf zu erlernen, der einem nicht so gut gefällt<sup>33</sup>.

Der Einstieg der Jugendlichen in das Berufsleben erfolgt häufig vor dem Hintergrund besonderer familiärer Belastungen. Im November 1991 berichteten mindestens 36 % der Jugendlichen der Geburtsjahrgänge 1972-76 von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ihrer Eltern<sup>34</sup>. Häufig müssen berufliche Entscheidungen getroffen werden, zu denen weder die Jugendlichen noch ihre Familien ausreichendes Orientierungswissen sammeln konnten. Das Vertrauen in Branchen, die stark vom Strukturwandel betroffen waren, ist spürbar erschüttert. Betriebliche Ausbildungsplätze für qualifizierte Berufe im Metall-, Elektro- oder Chemiebereich finden unter den Jugendlichen kaum Bewerber, obwohl das allgemeine Lehrstellendefizit groß ist<sup>35</sup>. Offenbar werden negative Erfahrungen der Eltern (Entlassungen, Kurzarbeit) als Indikatoren für die längerfristigen Chancen dieser Berufe (fehl-)gedeutet.

Die Qualität der Ausbildung wird von den Jugendlichen, die seit der „Wende“ eine Ausbildung aufgenommen haben, keineswegs als unzureichend beurteilt. Die Güte der fachlichen Vorbereitung für den künftigen Beruf wird im Durchschnitt mit Noten zwischen „gut“ und „befriedigend“ bewertet. Dies gilt für Berufsschule und Betrieb gleichermaßen; allein die inhaltliche und methodische Abstimmung zwischen beiden Lernorten wird meist als verbesserungsbedürftig empfunden. Einen Abbruch der Lehre ziehen nach den Ergebnissen einer 1992 durchgeführten Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung noch nicht einmal 8 % der Auszubildenden in Betracht<sup>36</sup>.

---

33 Vgl. Jovita Enderle/Harald Bielinski/Karen Schober, Ausbildung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse der Zusatzerhebung zum Arbeitsmarkt-Monitor vom November 1991, Nürnberg 1992, S. 84 und S. 101.

34 Dabei ist ein intergenerativer Zusammenhang erkennbar: Bei Jugendlichen, die selbst arbeitslos sind, steigt die Quote der von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffenen Eltern auf 69 %; vgl. J. Enderle/H. Bielinski/K. Schober (Anm. 33), S. 99.

35 Vgl. Karen Schober, Lehrstellensuche '92, IAB-Werkstattbericht Nr. 9 vom 20. 7. 1992, Nürnberg 1992.

36 Vgl. Klaus Troltsch, Aussagen von Teilzeitschülern zur beruflichen Ausbildung in den neuen Bundesländern, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn 1993.

Die Unsicherheit, wie es nach der Lehre weitergeht, ist jedoch groß. Nach den Ergebnissen der Zusatzerhebungen zum Arbeitsmarkt-Monitor rechneten im Mai 1992 nur 27 % der Auszubildenden des dritten/vierten Lehrjahres mit einem konkreten Übernahmeangebot, 32 % hielten ein solches Angebot für unwahrscheinlich. Weitere 29 % waren in dieser Frage noch ungewiß<sup>37</sup>. Relativ illusionslos sehen die Jugendlichen, daß die vielfältigen Maßnahmen, die die Aufnahme ihrer Ausbildung im dualen System absicherten, das Problem ihrer beruflichen Integration nicht gelöst, sondern im wesentlichen an die „zweite Schwelle“ verlagert haben<sup>38</sup>.

Dennoch sind die meisten Auszubildenden im neuen Bundesgebiet weiterhin fest von den Vorteilen einer qualifizierten Berufsausbildung im dualen System überzeugt: 69 % stimmen der Aussage voll zu, eine gute Ausbildung sei die beste Voraussetzung für einen sicheren Arbeitsplatz. Die Zustimmungquote variiert kaum zwischen den verschiedenen Lehrjahren (3./4. Lehrjahr: 73 %), schwankt aber nach Art und Ort der Lehrstelle. Während sie bei den Auszubildenden in ostdeutschen Betrieben mit 72 % noch über dem Durchschnitt liegt, fällt sie bei den Jugendlichen in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten mit 56 % am niedrigsten aus. Offenbar antizipieren letztere die besonderen Probleme, mit denen viele von ihnen an der „zweiten Schwelle“ konfrontiert sein dürften<sup>39</sup>.

Alles in allem haben die meisten Jugendlichen im neuen Bundesgebiet ambivalente Erfahrungen mit Auswirkungen der „Wende“ gemacht und betrachten die neue Situation, wie es eine 18jährige Auszubildende im Rahmen der Shell-Studie ausdrückte, als ein „einziges Für und Wider“<sup>40</sup>. Die Ergebnisse der Shell-Studie werden durch die Befunde der Zusatzerhebungen zum Arbeitsmarkt-Monitor gestützt. Lediglich bei jedem sechsten der Geburtsjahrgänge 1972–1976 dominiert einseitig das Gefühl, durch die gestiegene Unsicherheit und die ungewohnten Anforderungen an die eigene Initiative stark belastet zu werden. Die meisten anderen (52 %) sind zwar auch von diesem Gefühl betroffen, empfinden die jetzige Situation aber zugleich als Chance, das eigene Berufs- und Privatleben nun selbst in die Hand nehmen zu können. Für 30 % der Jugendlichen ist

diese Empfindung sogar eindeutig vorherrschend. Daß sich ihre eigenen Ausbildungs- und Berufschancen seit der „Wende“ insgesamt nicht verschlechtert haben, sondern in etwa gleichgeblieben oder gar besser geworden sind, glaubten im November 1991 zwei Drittel aller Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren, vor allem Auszubildende mit einer Lehrstelle im Westen (85 %) bzw. Studienanfänger (82 %)<sup>41</sup>.

Den Jugendlichen im neuen Bundesgebiet ist bewußt, daß die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf nicht mehr staatlich-institutionell vorstrukturiert, begrenzt und abgesichert sind, sondern von der eigenen Initiative und den Realisierungsmöglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abhängig sind. Sie unterliegen somit einem fortdauernden Entscheidungsdruck in Hinblick auf die weiteren Schritte zur Beeinflussung und Gestaltung der eigenen beruflichen Zukunft. Mit der Übernahme der Verantwortung für die eigene berufliche Entwicklung steigt auch die persönliche Betroffenheit. Arbeit und Beruf bilden für die meisten Jugendlichen nicht nur die Voraussetzungen für ihre materielle Verselbständigung, sondern zugleich „zentrale Definitionsräume der Identität“, aus denen sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen über sich selbst ableiten<sup>42</sup>. Dem Wunsch nach einer beruflichen Perspektive kommt somit eine zentrale Bedeutung zu. Um sich im heutigen Bildungs- und Beschäftigungssystem neue Chancen zu eröffnen, sind Lernen und Qualifizierung „als Teilnahmebedingung für den beruflichen Wettbewerb unerlässlich“. Sie „sind aber keine hinreichende Garantie für den individuellen Erfolg, wobei sich das, was erfolgreich war bzw. ist, erst ex post herausstellt“<sup>43</sup>. Ungewißheit und Unsicherheit über das Ausmaß der Verwertbarkeit angestrebter beruflicher Qualifikationen gehören nun verstärkt zu den psychologischen Begleiterscheinungen der Berufswahl und der individuellen beruflichen Entwicklung. Beides auszuhalten, ohne sich in einen lähmenden Fatalismus oder in geschlossene und vereinfachende politische Ideologien zu verlieren, wird zu einer anspruchsvollen, aber notwendigen Lernaufgabe.

41 Vgl. J. Enderle/H. Bielinski/K. Schober (Anm. 33), S. 100–102 und S. 138–140.

42 Vgl. Hans-Uwe Hohner, Kontrollbewußsein, Arbeit und Beruf. Identitätspsychologische Aspekte, in: Hans-Peter Frey/Karl Hauser (Hrsg.), Identität, Stuttgart 1987, S. 88–101.

43 Vgl. Günter Kutscha, ‚Entberuflichung‘ und ‚Neue Beruflichkeit‘ – Thesen und Aspekte zur Modernisierung der Berufsbildung und ihrer Theorie, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 88 (1992) 7, S. 544.

37 Vgl. J. Enderle/H. Bielinski/K. Schober (Anm. 33).

38 Vgl. U. Meier (Anm. 23), S. 200–201.

39 Vgl. J. Enderle/H. Bielinski/K. Schober (Anm. 33).

40 Vgl. C. Günther/S. Keiser (Anm. 2).

## Jugend in der Krise

### Ostdeutsche Jugendliche zwischen Apathie und politischer Radikalisierung Eine Vergleichsuntersuchung Ost- und Westberliner Jugendlicher

---

#### I. Fragestellung

---

Nach der Wende und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben auf dem Gebiet der ehemaligen DDR rechtsextremistische Aktivitäten, insbesondere Überfälle auf Ausländer, massiv zugenommen. Sind diese Veränderungen eine Folge der Wende mit ihren ökonomischen Problemen und emotionalen Verunsicherungen, oder bricht nun all das aus den Menschen hervor, was jahrelang unterdrückt wurde?

Folgt man der öffentlichen Diskussion in den Medien, dann scheint eine psychische Deformierung ehemaliger DDR-Bürger durch das sozialistische System bereits erwiesen. Die Ostdeutschen werden als Produkte von Unterdrückung und Knechtschaft dargestellt, als unterwürfig und überangepaßt, als Menschen, die durch mangelnde Initiative, Unselbständigkeit, aber auch Unzufriedenheit und unterdrückte Aggressionen gekennzeichnet seien. Jetzt, da der repressive Druck weggefallen ist, entläßt sich angeblich die lang unterdrückte Aggressivität in Fremdenfeindlichkeit und Haß gegen Minderheiten. Diese These ist insbesondere durch die Publikationen von Hans-Joachim Maaz popularisiert worden<sup>1</sup>. Aber auch die bisher geführte sozialwissenschaftliche Diskussion findet starke autoritäre Orientierungen in der DDR plausibel<sup>2</sup>. Das hat wenig Überraschung ausgelöst, stimmen doch diese Ergebnisse mit gängigen Annahmen über die Auswirkungen der Le-

bensbedingungen in totalitären Gesellschaftssystemen überein. Was wenig Überraschung ausgelöst haben mag, beruht dennoch auf wenig gesicherten und deshalb fraglichen Annahmen.

Gerade jener Theoriestrang, der ein „autoritäres“ Erziehungsumfeld mit der Sozialisation autoritärer Persönlichkeitsmerkmale in Zusammenhang bringt, hat sich in der Forschung des letzten halben Jahrhunderts als wenig haltbar erwiesen<sup>3</sup>. Auch die Idee einer engen Verbindung zwischen totalitären Gesellschaftssystemen mit an Autorität orientierten Menschen ist fraglich. Autoritäre Unterordnung entsteht nicht automatisch dann, wenn eine Anpassung an Herrschaftsverhältnisse erzwungen wird, sondern wenn verunsicherte und ängstliche Menschen Schutz suchen und sich aus diesem Grunde den Herrschenden unterwerfen<sup>4</sup>.

Kernpunkt jeder Annahme, eine Gesellschaftsordnung habe unterwürfige, psychisch deformierte Persönlichkeiten hervorgebracht, muß folglich der Nachweis sein, daß diese Gesellschaft die in ihr lebenden Individuen verängstigt und verunsichert hat. Empirische Forschung, die dies bestimmen will, steht vor der schwierigen Aufgabe, den in jeder Gesellschaft gegebenen Zwang zur Anpassung von Angst erzeugender Unterdrückung und Repression zu unterscheiden. Wann werden Arbeits- und Lebensbedingungen von den Individuen als beängstigend erfahren, wann erleben Kinder ihren Sozialisationsprozeß als einschränkend und überfordernd?

---

Bildungsforschung e. V., Berlin 1991; Gerda Lederer, Autoritarismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR, in: Deutschlandarchiv, 24 (1991) 6, S. 587–596.

3 Vgl. hierzu die Sammelreferate zum Autoritarismus von Bob Altemeyer, *Right-Wing Authoritarianism*, Manitoba 1981; Nevitt Sanford, *Authoritarian Personality in Contemporary Perspective*, in: Jeanne N. Knutson (Hrsg.), *Handbook of Political Psychology*, San Francisco 1973; Ronald C. Dillehay, *Authoritarianism*, in: Harvey London/John E. Exner, Jr. (Hrsg.), *Dimensions of Personality*, New York 1978.

4 Vgl. Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung*, Bd. 2, Berlin 1958<sup>4</sup>; Sigmund Freud, *Massenpsychologie und Ich-Analyse*, Frankfurt am Main 1967; Erich Fromm, *Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil*, Paris 1936.

1 Vgl. Hans-Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1990.

2 Vgl. Rudolf Dennhardt u. a., *Deutsche Schüler im Sommer 1990. Skeptische Demokraten auf dem Weg in ein vereintes Deutschland*. DJI-Arbeitspapier 3-019, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut, München 1991; Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann/Carolin Schöbel, *Perspektiven der politischen Kultur im vereinten Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B32/91, S. 35–46; Dieter Kirchhöfer/Hans Merckens/Irmgard Steiner (Hrsg.), *Schuljugendliche im vereinten Berlin. Pilotstudie, Arbeitsbericht Nr. 1 des Instituts für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft der FU Berlin und des Zentrums für Europäische*

Sind, um beispielhaft einige Fragen aufzuwerfen, strikte Anordnungen und feste Regeln, sind Verbote mit Strafandrohungen, wie sie im Sozialisationsprozeß in der DDR durchaus üblich waren, bereits Einschränkungen der kindlichen Bedürfnisse und damit erlebte Repressionen? Wurden die eingeschränkten Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger, wurde die Tatsache, daß es kein Mehrparteiensystem gab, wurde die Notwendigkeit, öffentliches Wohlverhalten zu demonstrieren, tatsächlich als einschränkend erlebt und falls ja, wurden diese Einschränkungen in der Wahrnehmung vieler Menschen nicht möglicherweise durch die vielfältigen Fürsorge- und Versorgungsleistungen des sozialistischen Systems kompensiert? Solche Fragen können nicht ausschließlich durch eine allgemeine Analyse der DDR-Gesellschaft beantwortet werden, vielmehr ist eine Analyse der Erfahrungen der in ihr lebenden Menschen erforderlich.

Die Ausgangsthese dieser Untersuchung ist, daß die Menschen in der ehemaligen DDR nicht autoritärer im Sinne des Konzepts der autoritären Persönlichkeit sind, daß sie von ihren psychischen Strukturen her auch nicht in stärkerem Maße zu Rassismus und Rechtsextremismus neigen als die Bürger der alten Bundesrepublik. Vielmehr sind, so lautet die hier vertretene Grundannahme, die nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik aufbrechende Ausländerfeindlichkeit und die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt Konsequenzen der mittlerweile eingetretenen ökonomischen und psychischen Verunsicherungen in Kombination mit einem Versagen der etablierten Autoritäten: der Hoffnungsträger des Vereinigungsprozesses<sup>5</sup>.

Das Leben in der DDR war für die meisten Menschen relativ sicher und erzeugte wenig Existenzängste. Diese Einschätzung steht keineswegs in Widerspruch zu der Tatsache, daß es durch das Fehlen vielfältiger bürgerlicher Freiheiten gekennzeichnet war. Vielmehr war dies in der DDR eine der Bedingungen hoher Sicherheit und Stabilität, da Freiheiten automatisch auch höhere individuelle Risiken bedeuten. Dort hatten die Menschen einen klar vorgezeichneten Lebenslauf, der ökonomische und soziale Sicherheit bei begrenzten Gratifikationen bot.

Die Berechenbarkeit und Sicherheit der Lebensverhältnisse ist nunmehr abgelöst worden durch

5 Vgl. Detlef Oesterreich, *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*, Weinheim-München 1993.

eine Situation hoffnungsvollen Aufbruchs, aber auch starker Verunsicherung. Verunsicherungen und Angst werden nicht nur durch die vielfältigen materiellen Probleme erzeugt; auch der Kontinuitätsbruch des Verlustes alter Identitäten ruft emotionale Verunsicherungen hervor. Die Menschen in der ehemaligen DDR haben sich die „Wende“, gerade auch mit ihrer Konsequenz, nunmehr Deutsche in einem vereinten Deutschland zu sein, sicherlich gewünscht. Dennoch ist der Aufbau dieser neuen Identität ein mit großen Problemen belasteter Prozeß.

Was den Identitätswechsel betrifft, so befinden sich die Bürger Ostdeutschlands derzeit in einer sie gefährdenden Übergangsphase. Eine Identifikation mit den positiven Aspekten des Gesellschafts-systems der DDR wird immer schwieriger, eine Identifikation mit der Bundesrepublik, das positive Gefühl, Bürger in einem vereinten, „freien“ Deutschland zu sein, wird jedoch durch die problematischen Bedingungen des Vereinigungsprozesses erschwert. Wie eine Umfrage des Magazins „Der Spiegel“ vom Sommer 1991 verdeutlichte, meinten 84 Prozent der Bürger der ehemaligen DDR, nur Deutsche zweiter Klasse zu sein<sup>6</sup>. Demgegenüber waren zu DDR-Zeiten viele Menschen trotz einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System stolz darauf, im ökonomisch reichsten und die besten sozialen Absicherungen bietenden Land des sozialistischen Blocks zu leben.

Die mit der Bundestagswahl vom Dezember 1990 verknüpften Hoffnungen auf einen baldigen ökonomischen Aufschwung und eine schnell gelingende Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft haben sich nicht erfüllt. Die Regierungsparteien haben seitdem einen deutlichen Autoritätsverlust erlitten. Meinungsumfragen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zeigen für die letzten Jahre einen dramatischen Zustimmungsverlust für die Bonner Regierungsparteien.

Die Situation in Ostdeutschland ist also durch eine Kombination von Faktoren gekennzeichnet, die extremistische Entwicklungen einleiten können. Da es keinen Weg zurück in die DDR-Gesellschaft gibt, was auch von kaum jemandem gewünscht wird, entsteht neben zunehmender Apathie und Depressivität auch politischer Extremismus. Daß dieser Extremismus politisch nach rechts und nicht nach links tendiert, ist unter den gegebenen Bedingungen wenig erstaunlich. Menschen fühlen sich in

6 Vgl. Spiegel-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander, *Der Spiegel*, Nr. 30, 31/1991.

Krisensituationen generell von solchen politischen Gruppen angezogen, die emotionale Sicherheit zu bieten scheinen, die sich als Heilsbringer präsentieren, eine Identifikation mit Macht und Stärke erlauben, mit scheinbar einfachen und radikalen Lösungen der Krisensituation aufwarten, Schuldige benennen und Identifikationen mit einfachen, den grauen Lebensalltag überhöhenden Werten wie z. B. nationaler Größe offerieren. Nach dem weltweiten Zusammenbruch des Staatssozialismus sind solche politischen Radikalisierungen für einige Zeit sicher nur auf der Seite der politisch Rechten möglich.

Es ist schwer einzuschätzen, ob, und wenn ja, wie schnell eine rechtsextremistische Politisierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR voranschreitet und auf welcher Basis schon vorher bestehender rechtsextremistischer Tendenzen, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sie begonnen hat. Zweifellos hat es bereits vor der „Wende“ in der DDR Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gegeben. Vom SED-Staat wurde dies lange offiziell nicht zur Kenntnis genommen. Erst Ende der achtziger Jahre wurde eine Studie zum Skinhead-Problem am Leipziger Jugendinstitut durchgeführt<sup>7</sup>. Obwohl einer Überprüfung standhaltende Zahlen bisher fehlen, wäre es jedoch wenig plausibel, anzunehmen, es hätte in der DDR – verglichen mit der alten Bundesrepublik – eine größere Ausländerfeindlichkeit gegeben.

---

## II. Sind Ostberliner Jugendliche autoritärer und fremdenfeindlicher als Westberliner Jugendliche? Ausgewählte Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

---

Im folgenden werden Ergebnisse einer im Frühjahr 1991 vorgenommenen Untersuchung<sup>8</sup> dargestellt. Drei Themenkomplexe, die den Zusammenhang zwischen sich verändernden Lebensverhältnissen, Krisenerfahrungen und politischen Einstellungen verdeutlichen, wurden ausgewählt. Analysiert werden die zwischen West- und Ostberliner Schülern unterschiedliche Wahrnehmung des Lebens in der DDR, ihre unterschiedlichen Sorgen und Pro-

bleme sowie politische Einstellungen und Grundorientierungen, die im Umfeld des Rechtsextremismus angesiedelt sind.

In der Untersuchung wurden Jugendliche an der Schwelle zum Erwachsenenalter befragt. In diesem Alter haben sich bereits eigene Einstellungen und politische Ansichten entwickelt. Ab 18 Jahren können junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wählen. Gleiches galt auch für die DDR. Zielgruppe waren deshalb 16 bis 21 Jahre alte Jugendliche.

Die Untersuchung wurde im Frühjahr 1991 in den Monaten April, Mai und Juni mit Hilfe eines Fragebogens, der für Ost- und Westberlin jeweils leicht modifiziert war, durchgeführt. Sie fand an insgesamt zehn Berliner Schulen statt. Es wurden zwei soziale Gruppen von Jugendlichen ausgewählt, die gut miteinander verglichen werden können: Gymnasiasten im West- bzw. Schüler der Erweiterten Oberschulen (EOS) im Ostteil der Stadt und West- und Ost-Berliner Berufsschüler schwerpunktmäßig des Baugewerbes. Die Untersuchungspopulation umfaßt 1396 Schüler. Die für die Datenanalyse relevante Untersuchungspopulation setzt sich aus vier Gruppen zusammen: aus Berufsschülern in Ostberlin (n = 492) und Westberlin (n = 387) sowie aus Gymnasiasten in Ostberlin (n = 294) und Westberlin (n = 223). Bei der Darstellung der Ergebnisse wurden zu den Themenkomplexen „Sicht der Lebenssituation in der DDR“, „Erhalt von Einrichtungen der DDR“ und „Sorgen und Probleme“ neben den Ergebnissen für die Gruppen der Berufsschüler und der Gymnasiasten auch die für die Gesamtgruppen in Ost und West berücksichtigt. Bei diesen Themenkomplexen sind die Differenzen zwischen den Schulgruppen nur gering, während der Ost-West-Gegensatz dominiert.

### 1. Die DDR aus der Sicht von Ost- und Westberliner Jugendlichen

#### a) Einschätzung des Lebens vor der „Wende“

Wie sehen Jugendliche im Osten die Gesellschaft der DDR, was war ihnen an ihr wichtig? Teilen westliche Jugendliche diese Wahrnehmung? Wo liegen die Differenzen, und wie sind sie einzuschätzen?

Die Zahlen in der Tabelle 1 zeigen einen sehr deutlichen Ost-West-Gegensatz. Hauptergebnis ist, daß Ostberliner Jugendliche das Leben in der DDR durchaus in vieler Hinsicht positiv, wenn auch nicht besonders attraktiv fanden. Westberliner Jugendliche haben demgegenüber ein deutlich negativeres Bild vom Leben in der DDR.

<sup>7</sup> Vgl. Wolfgang Brück, Das „Skinhead“-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht. Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig 1988. Siehe hierzu auch Irene Runge, Ausland DDR. Fremdenhaß, Berlin 1990.

<sup>8</sup> Vgl. D. Oesterreich (Anm. 5).

**Tabelle 1: Einschätzung der Lebenssituation in der DDR (in Prozent)**

		Berufsschule			Gymnasium			Alle Befragten		
		stimmt	schwer zu sagen	stimmt nicht	stimmt	schwer zu sagen	stimmt nicht	stimmt	schwer zu sagen	stimmt nicht
Die Menschen brauchten sich keine Sorgen um die Zukunft zu machen	Ost	67,1	18,9	14,0	50,7	23,8	25,5	60,5	20,9	18,6
	West	30,2	37,7	32,0	40,4	26,6	33,0	34,5	33,1	32,4
Die Menschen hatten kaum Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden	Ost	35,2	42,5	22,3	26,9	35,0	38,1	31,8	39,7	28,5
	West	59,2	30,0	10,9	68,0	22,7	9,4	63,2	26,7	10,1
Das Leben war langweilig	Ost	20,0	28,3	51,7	8,2	19,0	72,8	15,3	24,5	60,2
	West	32,3	40,6	27,7	17,5	47,8	27,6	29,6	43,3	27,0
Die Menschen sind zuviel bevormundet worden	Ost	65,3	25,7	43,8	67,7	26,5	5,8	66,4	26,0	7,6
	West	69,8	23,0	7,2	88,7	8,9	2,5	77,2	17,1	5,7
Die soziale Sicherheit war groß	Ost	84,6	12,0	3,4	83,3	10,2	6,5	84,2	11,2	4,7
	West	43,7	42,9	13,4	56,2	31,5	12,3	47,6	38,9	13,5
Die Menschen haben zu wenig Eigeninitiative entwickelt	Ost	40,9	41,5	17,2	46,6	39,1	14,3	43,3	40,6	16,1
	West	51,2	35,7	13,2	57,6	31,5	10,8	53,5	33,6	12,8
Die Menschen wußten, wo sie hingehören	Ost	50,1	34,5	15,4	34,4	44,2	21,4	43,8	38,6	17,6
	West	28,4	48,3	23,3	18,7	54,7	26,6	24,5	50,8	24,7
Alles war geregelt	Ost	69,0	19,5	11,5	59,5	21,8	18,7	65,2	20,5	14,3
	West	59,5	21,8	18,7	59,1	19,7	21,2	53,0	24,5	22,5
Es gab wenig Neid und Konkurrenz	Ost	37,7	29,9	32,4	20,4	32,3	47,3	30,7	30,9	38,4
	West	28,4	37,5	34,1	22,7	34,0	43,3	26,4	36,0	37,7
Es wurde zuviel kontrolliert	Ost	68,0	23,4	8,5	66,0	25,5	8,5	67,1	24,4	8,5
	West	82,2	14,5	3,4	94,6	4,4	1,0	87,3	10,3	2,4
Wer sich anpaßte, hat nicht schlecht gelebt	Ost	76,3	19,1	4,6	83,3	13,6	3,1	79,2	16,9	3,9
	West	71,6	23,0	5,4	72,4	25,1	2,5	72,5	23,5	4,1
Die Menschen haben sich untereinander viel geholfen	Ost	57,2	33,6	9,2	59,9	31,3	8,8	58,3	32,6	9,1
	West	45,7	43,9	10,3	32,5	54,2	13,3	41,0	47,3	11,7
Die Menschen haben anders gedacht, als sie offiziell geredet haben	Ost	70,1	21,8	8,0	60,6	29,3	9,9	66,7	24,7	8,7
	West	69,5	27,4	3,1	69,5	28,1	2,5	70,1	27,0	2,9
Den Politikern hat schon lange keiner mehr geglaubt	Ost	57,0	36,3	6,7	56,1	34,7	9,2	56,9	35,5	7,6
	West	60,2	33,1	6,7	48,3	43,8	7,9	55,9	36,8	7,3
Für Kinder und Jugendliche wurde viel getan	Ost	58,4	26,4	15,2	60,9	31,6	7,5	59,4	28,5	12,1
	West	37,7	42,6	19,6	44,8	37,4	17,7	40,0	41,2	18,8
Die Menschen fühlten sich eingesperrt	Ost	58,6	26,7	14,7	44,9	29,9	25,2	53,0	28,1	18,9
	West	75,2	22,5	2,3	74,9	23,2	2,0	76,4	21,6	2,0
Für die Alten wurde zuwenig getan	Ost	44,4	38,2	17,5	45,2	34,4	20,4	44,8	36,6	18,6
	West	34,4	57,6	8,0	29,1	60,1	10,8	32,4	58,6	9,0

Quelle: D. Oesterreich (Anm. 5).

Im einzelnen: Nur 15,3 Prozent der *Ostberliner Schüler* finden, daß das Leben in der DDR langweilig war, 60,2 Prozent stimmen dieser Aussage aber nicht zu. Betont wird vielmehr, daß man sich um die Zukunft keinerlei Sorgen zu machen brauchte (60,5 Prozent Zustimmungen) und daß die soziale Sicherheit groß gewesen sei (84,2 Prozent). 58,3 Prozent finden, daß sich die Menschen untereinander viel geholfen hätten, und 59,4 Prozent, daß für die Kinder und Jugendlichen, also die eigene soziale Bezugsgruppe, viel getan worden sei.

Andererseits ist das Bild von der DDR nicht generell positiv. In der öffentlichen Diskussion wird oft

unterstellt, daß, nachdem viele Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht worden seien, eine Verklärung der alten Zustände eintrete. Dies ist (jedenfalls im Frühjahr 1991) nicht der Fall. Die *Ostberliner Jugendlichen* zeichnen ein durchaus differenziertes Bild der DDR-Vergangenheit. Sie finden, daß zuviel kontrolliert wurde (67,1 Prozent) und daß die Menschen zuviel bevormundet worden seien (66,4 Prozent). Auch Selbstkritik wird geübt. 43,3 Prozent meinen, die Menschen hätten zu wenig Eigeninitiative entwickelt (nur 16,1 Prozent verneinen diese Aussage).

Die *Westberliner Jugendlichen* haben weitgehend ein sowohl negativeres als auch weniger differen-

**Tabelle 2: Wunsch nach Erhalt von Einrichtungen der DDR (in Prozent)**

		Berufsschule			Gymnasium			Alle Befragten		
		erhalten	nicht bekannt/ keine Antwort	nicht erhalten	erhalten	nicht bekannt/ keine Antwort	nicht erhalten	erhalten	nicht bekannt/ keine Antwort	nicht erhalten
Polytechnische Ausbildung	Ost	48,7	3,9	47,4	45,2	2,4	52,4	47,4	3,2	49,4
	West	21,4	57,1	21,4	12,8	48,3	20,7	24,8	54,2	20,9
Einheitsschule	Ost	44,4	6,9	48,7	28,2	2,7	69,0	37,9	5,1	57,0
	West	21,2	19,1	59,7	3,9	22,2	73,9	14,7	20,4	64,9
Schulhorte	Ost	90,1	2,1	7,8	96,3	0,7	3,1	92,6	1,5	5,9
	West	52,7	19,1	28,2	62,1	17,2	20,7	56,3	18,4	25,3
Polikliniken	Ost	86,2	2,5	11,3	93,2	—	6,8	89,3	1,4	9,4
	West	41,1	24,0	34,9	49,3	22,7	28,1	45,1	22,5	32,4
Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch	Ost	86,4	4,8	8,7	95,6	0,3	4,1	90,2	2,9	6,9
	West	50,9	19,6	29,5	70,0	10,3	19,7	58,6	16,0	25,3
Babyjahr	Ost	94,9	2,3	2,8	98,3	0,3	1,4	96,4	1,4	2,2
	West	71,3	19,1	9,6	81,8	11,3	6,9	75,2	16,0	8,8
Recht auf Arbeit	Ost	91,0	1,6	7,4	91,8	1,0	7,1	91,6	1,2	7,2
	West	85,8	4,9	9,3	63,1	7,9	29,1	76,5	7,8	15,7
Recht auf Wohnung	Ost	95,9	1,4	2,8	95,2	0,3	4,4	95,7	0,8	3,4
	West	90,4	4,4	5,2	77,3	6,4	16,3	86,3	4,7	9,0
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften	Ost	32,0	6,4	61,6	32,3	5,8	61,9	32,2	5,9	61,8
	West	22,7	22,2	55,0	8,9	13,8	77,3	17,6	18,9	63,5
Volkseigene Betriebe	Ost	11,0	6,0	83,0	11,9	5,9	82,7	11,4	5,5	83,1
	West	15,5	14,0	70,5	3,4	10,3	86,2	11,0	12,3	76,7
Hausgemeinschaften	Ost	56,1	8,5	35,4	62,2	3,7	34,0	58,7	6,3	35,0
	West	44,4	18,6	37,0	34,0	28,1	37,9	40,9	21,8	37,3
Subventionierte Mieten	Ost	78,6	3,0	18,4	79,3	0,7	20,1	79,1	1,8	19,1
	West	59,4	17,6	23,0	52,2	11,3	36,5	57,1	14,7	28,2
Subventionierte Fahrpreise	Ost	81,1	2,1	16,8	87,8	0,3	11,9	83,9	1,2	14,9
	West	63,6	14,7	21,7	60,1	11,8	28,1	62,7	13,0	24,3
Sekundär-Rohstoff-Erfassungs-System	Ost	91,0	2,1	6,9	98,6	—	1,4	94,2	1,1	4,7
	West	26,4	51,4	22,2	37,4	51,7	10,8	30,1	51,7	18,2

Quelle: D. Oesterreich (Anm. 5).

ziertes Bild vom Leben in der DDR. Ihre insgesamt positivste Einschätzung ist, daß die soziale Sicherheit groß gewesen sei (47,6 Prozent im Vergleich zu 84,2 Prozent bei den Ostberliner Schülern). Ansonsten dominieren bei den Westberliner Schülern die negativen Einschätzungen. 76,4 Prozent meinen, die Menschen hätten sich eingesperrt gefühlt; zuviel Kontrolle nennen 87,3 Prozent, und die Auffassung, daß die Menschen kaum Möglichkeiten gehabt hätten, selbst aktiv zu werden, vertreten 63,2 Prozent.

*b) Erhalt von staatssozialistischen Einrichtungen der DDR?*

Im zweiten Themenkomplex, der sich auf das Leben in der ehemaligen DDR bezieht, ist nach dem Erhalt wünschenswerter Einrichtungen gefragt worden (vgl. Tabelle 2). Der Vergleich zwischen Ost und West zeigt ganz ähnliche Ergebnisse, wie

sie im Zusammenhang der Einschätzung des Lebens in der DDR vor der Wende aufgezeigt wurden. Ostberliner Schüler möchten sehr viele der genannten Einrichtungen erhalten wissen; dies gilt auch für Westberliner Schüler, die diese Einrichtungen aber durchgängig negativer beurteilen als die Ostberliner.

Besonders groß sind die Differenzen bezüglich der Polikliniken. Während sich 89,3 Prozent der Ostberliner Schüler für ihren Erhalt aussprechen, sind es im Westen nur 45,1 Prozent; 90,2 Prozent der Ostberliner Jugendlichen wünschen die Beibehaltung der Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch und sogar 96,4 Prozent die Fortführung des Babyjahres (bezahlte Freistellung von der Arbeit nach der Geburt des ersten und zweiten Kindes bis zum Ende des ersten Lebensjahres, ab dem dritten Kind bis eineinhalb Jahre). Bei den Westberliner Schülern lauten die entsprechenden Zah-

len 58,6 Prozent für die Fristenregelung und 75,2 Prozent für das Babyjahr.

Sehr viel geringer sind die Differenzen bezüglich der im engeren Sinne staatspolitischen Einrichtungen der DDR, wie der Volkseigenen Betriebe (VEB), der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und der Einheitsschule. Hier spricht sich gleichermaßen in Ost wie West eine Mehrheit für eine Auflösung dieser Einrichtungen aus. Zwar befürworten mehr Ostberliner als Westberliner Schüler diese Einrichtungen, die Differenzen sind jedoch – verglichen mit denen beim Erhalt sozialer Einrichtungen oder der Polikliniken – sehr viel geringer. Die größte Annäherung gibt es bezüglich der Volkseigenen Betriebe. Hier meint im Osten wie im Westen nur eine kleine Minderheit (11,4 Prozent und 11,0 Prozent), die VEB sollten erhalten werden.

### c) Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß Ostberliner Jugendliche das Leben in der DDR als sozial und sicher beschreiben, dabei aber durchaus die starke Kontrolle und Bevormundung sowie die geringen Möglichkeiten, Eigeninitiativen zu entwickeln, sehen. Sie wünschen, daß viele soziale Einrichtungen der DDR erhalten bleiben, lehnen aber einen Erhalt staatssozialistischer Einrichtungen, wie VEB und LPG, ab. Insgesamt beurteilen sie das Leben in der DDR wesentlich positiver als Westberliner Schüler.

## 2. Sorgen und Probleme Ost- und Westberliner Jugendlicher

Ost- und Westberliner Jugendliche haben in mehrerer Hinsicht verschiedene Probleme. Zum einen leben die Ostberliner Jugendlichen in einer radikalen Umbruchsituation mit einer Vielzahl materieller und psychischer Probleme. Darüber hinaus ist mit einer Differenz von Ansprüchen und Erwartungen auch aufgrund der Sozialisation in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu rechnen. Diese Ansprüche und Erwartungen steuern die Wahrnehmung der bestehenden Situation und führen zu unterschiedlichen Einschätzungen der Lebenssituation und der Zukunftserwartungen.

Um die unterschiedlichen Sorgen und Schwierigkeiten der momentanen Situation zu erfassen, wurde ohne Vorgaben folgende Frage gestellt: „Sagen Sie bitte in Stichworten, was Sie am meisten bedrückt.“ Wie nicht anders zu erwarten, war die Bandbreite der Antworten sehr groß, dennoch ließen sich deutliche Schwerpunkte aus-

machen. Die Antworten wurden in 16 Kategorien klassifiziert.

Ostberliner Jugendliche haben andere Probleme als Westberliner. Davon war auszugehen. Dennoch überrascht die tatsächlich vorhandene Differenz (siehe Tabelle 3): 58,7 Prozent der Westberliner Schüler, die die Frage beantwortet haben, nennen persönliche Probleme gegenüber nur 28,1 Prozent der Ostberliner, die in sehr

**Tabelle 3: Sorgen und Probleme im Ost-West-Vergleich: „Sagen Sie bitte in Stichworten, was Sie am meisten bedrückt.“ (in Prozent der Befragten, die die offene Frage beantwortet haben)**

		Berufsschule	Gymnasium	Alle
Persönliche Probleme	Ost	26,8	29,1	28,1
	West	59,1	58,4	58,7
Berufliche Zukunft	Ost	15,6	20,1	18,1
	West	5,6	7,4	6,3
Zukunft der Eltern	Ost	10,7	19,7	15,7
	West	0,5	–	0,3
Arbeitslosigkeit	Ost	27,8	20,5	23,7
	West	3,7	6,0	4,7
Wohnungsnot	Ost	7,3	3,9	5,4
	West	16,4	16,1	16,3
Allgem. Verschlechterung der Lebensbedingungen	Ost	18,5	16,9	17,6
	West	0,9	2,7	1,7
Steigende Preise	Ost	8,3	14,2	11,5
	West	9,3	4,0	7,2
Zunehmende Ausländerfeindlichkeit	Ost	3,9	7,1	5,7
	West	2,8	4,7	3,6
Umweltprobleme	Ost	11,2	4,7	7,6
	West	14,0	24,8	18,5
Rechtsextremismus und Nationalismus	Ost	5,9	14,6	10,7
	West	5,1	5,4	5,2
Kriminalität und Brutalität	Ost	12,7	18,5	15,9
	West	6,1	3,4	5,0
Probleme mit Ausländern	Ost	6,8	0,8	3,5
	West	7,5	1,3	5,0
Internationale Probleme	Ost	6,3	9,8	8,3
	West	7,0	13,4	9,6
Zerstörung der DDR	Ost	12,2	8,3	10,0
	West	1,9	1,3	1,7
Probleme mit der nationalen Identität	Ost	3,1	7,9	5,9
	West	–	–	–
Probleme mit der Gesellschaft der Bundesrepublik	Ost	9,8	17,3	13,9
	West	1,9	1,3	1,7
Anzahl derjenigen, die die Frage beantwortet haben	Ost	205	256	461
	West	215	149	364

Quelle: D. Oesterreich (Anm. 5).

viel stärkerem Maße aus den politischen Veränderungen resultierende Probleme thematisieren. Vergegenwärtigt man sich, daß es sich bei der Frage nach den Problemen um eine offene Frage handelt, für die beliebig viele und verschiedene Antworten gegeben werden können, dann sind 58,7 Prozent eine starke Bündelung der Antworten auf einen Themenbereich.

Bei den Ostberliner Jugendlichen ist dies deutlich anders. Für sie stehen vor allem materielle Probleme im Vordergrund. Nimmt man Arbeitslosigkeit, steigende Preise, Wohnungsnot und allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen zusammen, dann nennen solche materiellen Probleme 45,3 Prozent der Ostberliner gegenüber nur 24,0 Prozent der Westberliner Schüler<sup>9</sup>.

Deutliche Differenzen zwischen Ost und West ergeben sich auch in bezug auf Ängste vor einer zunehmenden Radikalisierung und Brutalisierung der Gesellschaft. Rechtsextremismus und Nationalismus fürchten 10,7 Prozent der Ostberliner gegenüber nur 5,2 Prozent der Westberliner, zunehmende Ausländerfeindlichkeit 5,7 gegenüber 3,6 Prozent und eine Zunahme von Kriminalität und Brutalität 15,9 gegenüber 5,0 Prozent. Faßt man diese drei Antwortkategorien zusammen als „Sorge vor gesellschaftlicher Radikalisierung“, dann formulieren diese Sorge 25,1 Prozent der Ostberliner gegenüber nur 12,1 Prozent der Westberliner.

Ein weiterer, primär von den Ostberliner Jugendlichen thematisierter Problembereich berührt unmittelbar den Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten. Dies sind Kritik an der Zerstörung von Einrichtungen der DDR, Probleme, sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung zurechtzufinden, und schließlich – direkt formuliert – Probleme mit dem Verlust der Identität als DDR-Bürger. 25,9 Prozent der Ostberliner Jugendlichen thematisieren solche Probleme, im Westen sind dies, da sich hier die Problematik in dieser Form gar nicht stellt, nur 3,0 Prozent. Untersuchungen noch aus DDR-Zeiten verdeutlichen, daß es bei Jugendlichen durchaus eine Identifikation mit der DDR gab<sup>10</sup>. Der hohe An-

<sup>9</sup> Wegen der Möglichkeit von Mehrfachnennungen ist der Prozent-Satz derjenigen, die materielle Probleme nennen, geringer als die Summe der Einzelnennungen in der Tabelle. Analoges gilt auch für die im folgenden genannte Gruppe jener, die Sorge vor gesellschaftlicher Radikalisierung äußern, sowie Jugendliche, die Probleme mit dem Verlust ihrer Identität bzw. mit der Gesellschaft der Bundesrepublik haben.

<sup>10</sup> Vgl. Harry Müller, Lebenswerte und nationale Identität, in: Walter Friedrich/Hartmut Griese (Hrsg.), Jugend

teil von Jugendlichen, der Identitätsprobleme thematisiert, stützt die hier vertretene These, daß die rechtsextremistische Radikalisierung im Osten eine Folge der problematischen Entwicklung nach der Wende ist.

### 3. Politische Orientierungen im Ost-West-Vergleich

Die bisher dargestellten Analysen haben gezeigt, daß die Ostberliner Jugendlichen keineswegs mit ihrer Lebenssituation unzufrieden waren. An die Entwicklung seit der Wende knüpfen sie deshalb besonders große Erwartungen und sehen zum Zeitpunkt der Untersuchung im Frühjahr 1991 der Zukunft noch optimistisch entgegen. Die Analyse hat allerdings auch verdeutlicht, daß viele neben den allgemein bekannten materiellen Problemen auch emotionale Schwierigkeiten mit der Aufgabe ihrer alten DDR-Identität und der Eingliederung in das westliche Gesellschaftssystem haben.

#### a) Rechtsextremistische Orientierungen

Die Annahme, Ostberliner Jugendliche seien nicht rechtsextremistischer eingestellt als Westberliner, läßt sich für die Untersuchungspopulation bestätigen. Für das Gesamtmaß zu „rechtsextremistischen Orientierungen“ (insgesamt 12 Aussagen) ergeben sich zwischen den Ost- und Westberliner Jugendlichen keinerlei bemerkenswerte Differenzen (siehe in Tabelle 4 die Mittelwerte der Skalen).

Im Detail zeigt die Analyse allerdings deutliche Unterschiede des Antwortverhaltens zwischen Ost und West. Bezüglich der Themenkomplexe „Identifikation mit Deutschlands Größe und Macht“ (Aussagen 1 und 2) und „Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus“ (Aussagen 11 und 12) sind nur geringe Differenzen vorhanden. Gleiches gilt für die „law and order“-Aussage, die Polizei solle schärfer gegen Chaoten und Terroristen vorgehen. Demgegenüber zeigen sich deutliche Differenzen bei den Themenkomplexen „Ausländerfeindlichkeit“ (Aussagen 3 bis 6) und „Undemokratisches Durchgreifen gegenüber den Repräsentanten der ehemaligen DDR“ (Aussagen 7 bis 9). Die Ostberliner Schüler äußern sich deutlich ausländerfeindlicher, zugleich aber weniger radikal gegenüber den Vertretern von SED und Stasi.

und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991. Müller berichtet, daß nach DDR-Untersuchungen im Frühjahr 1989 sich 56 Prozent der befragten Jugendlichen ohne Einschränkungen als DDR-Bürger fühlten; nur 12 bis 14 Prozent verhielten sich der DDR gegenüber ablehnend.

**Tabelle 4: Rechtsextremistische Orientierungen (in Prozent)**

		Berufsschule			Gymnasium		
		ja	weiß nicht	nein	ja	weiß nicht	nein
Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen	<i>Ost</i>	57,1	16,3	26,5	26,9	16,7	56,5
	<i>West</i>	53,7	23,8	22,5	28,7	26,9	44,4
Es muß Ziel der deutschen Politik bleiben, die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße wiederzugewinnen	<i>Ost</i>	23,9	19,0	57,1	4,1	7,1	88,8
	<i>West</i>	21,7	31,0	47,3	4,2	6,9	88,9
Die Entwicklungshilfezahlungen an Länder der Dritten Welt sollten eingestellt und das Geld für den Wiederaufbau der ehemaligen DDR verwendet werden	<i>Ost</i>	32,4	21,6	45,9	11,2	16,7	72,1
	<i>West</i>	25,3	23,5	51,2	7,9	12,0	80,1
Deutschland darf nicht zum Einwanderungsland für Asylanten aus dem Osten oder der Dritten Welt werden	<i>Ost</i>	65,7	16,9	17,3	42,2	24,1	33,7
	<i>West</i>	58,7	19,1	22,2	35,6	27,3	37,0
Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen	<i>Ost</i>	43,1	25,9	31,0	9,2	22,4	68,4
	<i>West</i>	34,9	25,1	40,1	5,6	9,7	84,7
Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden	<i>Ost</i>	53,1	16,5	30,4	18,7	25,9	55,4
	<i>West</i>	40,1	22,2	37,7	6,5	10,6	82,9
Für die Verbrecher des SED-Regimes sollte die Todesstrafe eingeführt werden	<i>Ost</i>	27,6	20,2	52,2	8,2	14,6	77,2
	<i>West</i>	35,7	30,2	34,1	13,0	13,9	73,1
Die PDS muß verboten werden	<i>Ost</i>	32,2	18,2	49,6	12,6	16,3	71,1
	<i>West</i>	46,0	35,7	18,3	26,4	21,8	51,9
Wenn die Mitarbeiter der Stasi nicht vor Gericht gestellt werden, muß man Selbstjustiz üben	<i>Ost</i>	24,1	20,6	55,3	9,2	17,0	73,8
	<i>West</i>	30,5	29,2	40,3	6,5	12,0	81,5
Die Polizei muß schärfer gegen Chaoten und Terroristen vorgehen	<i>Ost</i>	75,5	14,3	10,2	54,8	22,8	22,4
	<i>West</i>	79,6	10,6	9,8	56,5	22,2	21,3
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden	<i>Ost</i>	15,1	37,1	47,8	4,4	16,0	79,6
	<i>West</i>	15,8	41,6	42,6	2,8	8,8	88,4
Hitlers Fehler war, den Zweiten Weltkrieg anzufangen. Ansonsten waren die Nationalsozialisten vernünftige Leute	<i>Ost</i>	17,6	29,8	52,7	3,7	16,7	79,6
	<i>West</i>	16,3	35,9	47,8	2,8	4,6	92,6
Mittelwert	<i>Ost</i>	23,91			18,30		
Mittelwert	<i>West</i>	24,50			17,64		

Quelle: D. Oesterreich (Anm. 5).

Während 27,6 Prozent der Ostberliner Berufsschüler die Einführung der Todesstrafe für Verbrecher des SED-Regimes befürworten und 52,2 Prozent dagegen sind, plädieren bei den Westberliner Berufsschülern 35,7 Prozent für und nur 34,1 Prozent gegen die Todesstrafe. Die Gymnasiasten sind insgesamt weniger radikal eingestellt (rund drei Viertel sprechen sich gegen die Todesstrafe für „SED-Verbrecher“ aus), aber auch bei ihnen zeigt sich eine, wenngleich geringere Differenz zwischen Ost und West. Am deutlichsten sind die Unterschiede hinsichtlich eines Verbotes der PDS. 46,0 Prozent der Westberliner Berufsschüler wollen sie verbieten, nur 18,3 Prozent sprechen sich dagegen aus, bei den Ostberliner Berufsschülern sind für ein Verbot 32,2 Prozent, fast die Hälfte der Befragten ist jedoch dagegen (49,6 Prozent).

Der relativen Liberalität bezüglich einer Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit steht eine deutlich

ausländerfeindlichere Haltung bei den Ostberliner Schülern gegenüber. „Ausländer sollten Deutschland so schnell wie möglich verlassen“ meinen 43,1 Prozent der Berufsschüler im Osten gegenüber 34,9 Prozent im Westen. Relative Einigkeit zwischen beiden Gruppen besteht hinsichtlich der Ablehnung der Perspektive, Deutschland könnte zum Einwanderungsland für Asylanten aus dem Osten oder der Dritten Welt werden. 65,7 Prozent der Ostberliner und 58,7 Prozent der Westberliner Berufsschüler wollen dies verhindert wissen, bei den Gymnasiasten sind immerhin auch 42,2 (Ost) und 35,6 Prozent (West) dieser Auffassung. Daß Entwicklungshilfezahlungen für den Aufbau der ehemaligen DDR verwendet werden sollten, wird von beiden Untersuchungspopulationen eher abgelehnt. Aber immerhin 32,4 Prozent der Ostberliner Berufsschüler sprachen sich dafür aus, daß Entwicklungshilfezahlungen in Zukunft eher in der ehemaligen DDR investiert werden.

**Tabelle 5: Rassismus: Beurteilung anderer Nationalitäten (in Prozent)**

		Berufsschule			Gymnasium		
		gut/ sehr gut	weiß nicht	schlecht/ sehr schlecht	gut/ sehr gut	weiß nicht	schlecht/ sehr schlecht
Afrikaner	Ost	24,3	42,9	32,9	59,2	34,7	6,1
	West	36,7	46,5	16,8	48,6	47,2	4,2
Amerikaner	Ost	60,2	28,4	11,4	63,3	29,3	7,5
	West	61,8	26,6	11,6	52,8	37,0	10,2
Araber	Ost	14,3	45,5	40,2	47,6	36,4	16,0
	West	14,2	37,2	48,6	28,2	50,0	21,8
Juden	Ost	19,8	52,0	28,2	60,5	35,4	4,1
	West	18,3	51,9	29,7	43,1	50,5	6,5
Polen	Ost	10,0	35,9	54,1	41,2	35,0	23,8
	West	11,1	25,3	63,6	19,9	44,4	35,6
Russen	Ost	21,6	43,7	34,7	55,4	37,1	7,5
	West	16,5	41,1	42,4	31,9	55,1	13,0
Schweden	Ost	56,5	36,1	7,3	73,5	26,5	–
	West	54,3	38,5	7,2	58,8	39,8	1,4
Türken	Ost	9,0	31,0	60,0	37,1	36,1	26,9
	West	22,2	32,8	45,0	33,8	49,1	17,1
Zigeuner	Ost	6,9	33,5	59,6	33,3	37,8	28,9
	West	7,2	33,3	59,4	23,6	50,9	25,5
Mittelwert (ohne Amerikaner und Schweden)	Ost	15,94			11,82		
Mittelwert	West	15,93			12,91		

Quelle: D. Oesterreich (Anm. 5).

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß Ost- und Westberliner Schüler sich insgesamt nicht hinsichtlich des *Ausmaßes* rechtsextremistischer Einstellungen unterscheiden. Ostberliner Schüler sind allerdings ausländerfeindlicher, Westberliner Schüler sind undemokratischer bezüglich einer Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

*b) Rassismus: Beurteilung fremder Nationalitäten*

In der Diskussion über Ausländerfeindlichkeit wird häufig nicht hinreichend zwischen Rassismus oder Ethnozentrismus und einer Ablehnung von Ausländern, die noch vielfältige andere Gründe als rassistische Vorurteile haben kann, unterschieden. Rassismus oder Ethnozentrismus meinen eine Grundhaltung, Fremdes abzulehnen und die eigene Nation über andere zu stellen. Rassismus ist in diesem Verständnis eher als eine psychische Disposition zu verstehen denn als eine konkrete Einstellung. Fremde werden abgelehnt, weil sie aufgrund eigener Angst und Verunsicherung bedrohliche Züge zu tragen scheinen.

Mit Ausländerfeindlichkeit ist dagegen eine politische Haltung gemeint. Sie stellt konkrete Forderungen, wie: Ausländer sollten in Deutschland nicht arbeiten dürfen, sollten generell nicht in Deutschland sein usw. Zwar sind Ausländerfeind-

lichkeit und Rassismus häufig miteinander verknüpft, dennoch muß Ausländerfeindlichkeit nicht mit Rassismus einhergehen. Die ausländerfeindliche Forderung, Ausländer sollten Deutschland verlassen, beinhaltet nicht zwangsläufig eine rassistische Diskriminierung. Insbesondere in Lebenssituationen, in denen Ausländer in unserer Gesellschaft zu Konkurrenten um den Arbeitsplatz oder um Wohnraum werden, kann es eine Ablehnung von Ausländern auch ohne rassistischen Hintergrund geben.

Zu einer Einschätzung rassistischer oder ethnozentrischer Tendenzen wurde eine Beurteilung fremder Nationalitäten auf Fünf-Punkte-Skalen verlangt. Die Verteilung über die neun Indikatoren für Rassismus zeigt, daß insgesamt weder bei der Gruppe der Berufsschüler noch der der Gymnasiasten zwischen Ost und West herausragende Differenzen in der Ablehnung fremder Nationalitäten zu beobachten sind (siehe die Mittelwerte in der Tabelle 5). Die Ostberliner Berufsschüler unterscheiden sich überhaupt nicht bezüglich ihres Rassismuswertes von den Westberlinern, während sich bei dem Vergleich zwischen Gymnasium und EOS ein etwas höherer Rassismus der Westberliner herausstellt. Wie schon beim Maß für „rechtsextremistische Orientierungen“ zeigt sich gegenüber den

geringen Differenzen beim Ost-West-Vergleich ein hochsignifikanter Unterschied zwischen Gymnasiasten sowie EOS-Schülern einerseits und den Berufsschülern andererseits. Letztere sind hochsignifikant anderen Nationalitäten gegenüber negativer eingestellt.

Die Analyse im Detail zeigt, daß Völker des ehemaligen Ostblocks (Polen und Russen) von beiden Jugendlichengruppen aus Ost-Berlin positiver beurteilt werden als von den entsprechenden Westberliner Gruppen, während sie Türken negativer beurteilen. Einheitlich zwischen Ost und West ist die negative Beurteilung von Zigeunern. Demgegenüber werden im Osten wie im Westen Amerikaner und Schweden sehr viel positiver angesehen als die anderen sieben Gruppen.

Im Rahmen der „antifaschistischen“ Erziehung der DDR waren Vorurteile gegenüber Ausländern tabuisiert. Da es in der DDR sehr viel weniger Ausländer gab als in der Bundesrepublik, wurde die Erziehung zum Internationalismus in der Praxis auch kaum auf die Probe gestellt. Es scheint plausibel, daß ausländerfeindliche Tendenzen am schnellsten bei denen aufbrechen, die mit Ausländern als erste, vor allem beruflich, zu tun haben werden. Für die Gymnasiasten im Osten, die ganz überwiegend nach dem Abitur studieren wollen, sind Ausländer auch in der absehbaren Zukunft keine potentiellen Konkurrenten.

Der Befund nicht vorhandener Differenzen in der Untersuchungspopulation zwischen Ost- und Westberliner Schülern könnte als Gegenbefund zu den Ergebnissen, die sich im Zusammenhang mit den Indikatoren für Ausländerfeindlichkeit im Rechtsextremismusfragebogen ergeben haben, verstanden werden. Dabei hatten sich Ostberliner Schüler als ausländerfeindlicher erwiesen. Die Unterschiede der Ergebnisse erklären sich aus dem oben diskutierten Unterschied von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Fragen zur Ausländerfeindlichkeit, wie: ob die Entwicklungshilfe nicht besser in der DDR investiert würde als in der Dritten Welt oder ob Deutsche bei der Vergabe von Arbeitsplätzen zu bevorzugen seien, berühren, zumindest theoretisch, den Lebensalltag der Menschen. Ihre Beantwortung erklärt sich daher auch nicht nur aus allgemeinen rassistischen Haltungen Fremden und Ausländern gegenüber, sondern spiegelt die Lebenssituation der Befragten mit ihren Zukunftsängsten wider.

Gerade die Tatsache, daß die befragten Ostberliner Jugendlichen nicht rassistischer eingestellt sind als Westberliner, bestätigt die Interpretation, die größere Ablehnung von Ausländern bei den Ost-

berliner Jugendlichen situationsspezifisch mit den Sorgen und Zukunftsängsten ihrer aktuellen Lebenssituation zu erklären. Über die bestehenden Probleme hinaus werden sie durch den Anschluß an die bundesrepublikanische Gesellschaft mit einer bislang unbekanntenen Konkurrenz von Ausländern konfrontiert. Auch wenn Ausländer bisher auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch kaum Arbeitsplätze besetzt haben dürften, kommen zur Zeit doch aufgrund des Verteilungsschlüssels der Bundesländer immer mehr Ausländer in die neuen Bundesländer. Diese Präsenz von Ausländern im Alltagsleben erzeugt Ängste, Ausländer könnten sich um die sehr knappen Arbeitsplätze bemühen.

Entscheidend für die hier vertretene Konkurrenzthese ist also nicht, wie viele Ausländer es gegenwärtig auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gibt und in welchem Maße die Ostberliner Jugendlichen schon konkrete Erfahrungen mit Ausländern gemacht haben. Entscheidend ist vielmehr das für Ostdeutsche bestimmende Bewußtsein, daß Ausländer auch an dem Wohlstand teilhaben wollen, den sie durch die „Wende“ für sich selbst erkämpfen zu haben hoffen.

### c) *Autoritarismus*

Die DDR war keine Gesellschaft, die den Menschen in überdurchschnittlichem Maße nicht zu bewältigende Krisen und Konflikte auferlegte. Für ihre Bürger waren deshalb nicht autoritäre Unterwerfung, sondern eher Anpassung und Unterordnung charakteristisch.

Anpassung und Unterordnung sind zwar auch für autoritäre Persönlichkeiten (im Sinne des Konzepts der autoritären Persönlichkeit) charakteristisch, wie jedes Verhalten kann aber auch angepaßtes und sich unterordnendes Verhalten vielfältige Gründe haben. Dies muß nicht nur der für autoritäre Persönlichkeiten charakteristische Wunsch sein, sich Autorität zu unterwerfen. Angepaßtem und sich unterordnendem Verhalten können auch zweckrationale Überlegungen zugrunde liegen, oder es ist einfach nur vernünftiges Verhalten in Situationen, die kaum Handlungsalternativen zulassen. Da die DDR eine Gesellschaft war, die den Individuen weniger Handlungsalternativen bot als die Bundesrepublik, hat es in ihr sicher in großem Ausmaß angepaßtes Verhalten gegeben.

In der Untersuchung wurden zwei verschiedene Autoritarismusmaße eingesetzt. Das eine umfaßt Einstellungsfragen, die sich in früheren Untersuchungen bewährt haben. Das andere Maß wurde

**Tabelle 6: Autoritarismus (Mittelwerte)**

Ort	Ost	West
Mittelwert	28,65	29,06
Schule	Berufsschule	Gymnasium
Mittelwert	30,47	26,02
Geschlecht	Mädchen	Jungen
Mittelwert	26,15	29,96
Bildungsniveau des Vaters	ohne Abitur	mit Abitur
Mittelwert	30,03	26,93

im Rahmen eines neuen Ansatzes zum Autoritarismus entwickelt. Es enthält Fragen, die rigides und unflexibles Verhalten, ängstliche Abwehr von Neuem und Fremdem, Anpassungs- und Unterordnungsbereitschaft, Unselbständigkeit, Orientierung an Macht und Stärke, Feindseligkeit und unterdrückte Aggressivität sowie Konformität thematisieren.

Die in Tabelle 6 zusammengefaßten Ergebnisse (Autoritarismuskennwerte, aufgeschlüsselt nach Wohnort, Schule, Geschlecht und Bildungsniveau des Vaters) zeigen, daß zwischen Ost- und Westberliner Jugendlichen keine Unterschiede hinsichtlich autoritärer Persönlichkeitsmerkmale vorhanden sind. Deutliche Differenzen zeigen sich dagegen bezüglich des Schultypus, des Geschlechts und des Bildungsniveaus des Vaters. Berufsschüler sind deutlich autoritärer als Gymnasiasten, Jungen als Mädchen; autoritärer sind auch Befragte, deren Väter ein niedrigeres Bildungsniveau haben.

### III. Zusammenfassende Überlegungen

Es wurde versucht nachzuweisen, daß Ostberliner Jugendliche von ihrer Persönlichkeitsstruktur her und damit aufgrund ihrer Sozialisation in der DDR nicht autoritärer oder rassistischer sind als Westberliner und auch keine stärkeren rechtsextremistischen Tendenzen zeigen. Sie haben das Leben in der DDR weniger negativ erlebt, als im Westen allgemein unterstellt wird, und konnten diesem Leben durchaus auch positive Seiten abgewinnen. Beim Übergang in die neue Gesellschaftsordnung

müssen sie nun, verstärkt durch die Probleme der Nachwendezeit, eine Identitätskrise bewältigen, die eine rechtsextremistische Entwicklung einleitet.

Diese Annahmen konnten bestätigt werden:

1. Die Ostberliner Jugendlichen haben ein in vielerlei Hinsicht positives Bild vom Leben in der DDR (vor allem ein sehr viel positiveres als die befragten Westberliner Jugendlichen) und thematisieren Schwierigkeiten, sich in der Gesellschaft der Bundesrepublik zurechtzufinden und sich mit ihr zu identifizieren.
2. Die Jugendlichen aus Ost- und Westberlin unterscheiden sich zum Zeitpunkt der Untersuchung im Frühjahr 1991 sowohl bezüglich autoritärer Charaktermerkmale, rassistischer Orientierungen als auch bezüglich rechtsextremer politischer Orientierungen sehr wenig voneinander.

Allerdings werden Fragen zur Stellung von Ausländern in unserer Gesellschaft von den Ostberliner Jugendlichen deutlich ausländerfeindlicher beantwortet. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß sie nicht autoritärer und auch nicht rassistischer als Westberliner Jugendliche sind, läßt sich die Ausländerfeindlichkeit der Ostberliner Jugendlichen als ein Produkt der Krisensituation der Nachwendezeit erklären. Die ökonomische Krise hat in Kombination mit Identitätsproblemen und dem Versagen der Hoffnungsträger in der Zeit nach der Wende zu einem Aggressionsschub geführt, der sich gegen diejenigen richtet, die als vermeintliche Konkurrenten um Arbeitsplätze und Wohnungen sich auch etwas von dem Wohlstandskuchen abschneiden wollen, den sich die Ostdeutschen gerade erkämpft zu haben hoffen.

Mittlerweile ist das, was auf Basis der 1991 durchgeführten Untersuchung noch als Prognose erscheint – zunehmende Gewaltbereitschaft und steigender Rechtsextremismus aufgrund der nicht gelösten ökonomischen und emotionalen Krisensituation –, Realität geworden. Die Beilegung der ökonomischen Probleme wird diese Entwicklung eindämmen; die nicht gelöste und realistischerweise auch für Jahrzehnte nicht völlig lösbare Identitätskrise wird dagegen ein politisches Konfliktpotential zurücklassen, dem größte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

## **Ursula Hoffmann-Lange/Martina Gille/Helmut Schneider: Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/93, S. 3-12

Die neueren Jugendstudien belegen, daß gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die in den sechziger Jahren ihren Anfang nahmen, inzwischen zu gravierenden Veränderungen in den politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen geführt haben. Der vielfach konstatierte Wertewandel führte zu einer individualisierten Lebensauffassung und zu neuen politischen Partizipationsformen. Er trug zu einer größeren Sensibilisierung für politische Fragen bei, die sich auch in einem gestiegenen politischen Interesse niederschlägt. Sie ist jedoch nicht von einer entsprechenden Zunahme der kontinuierlichen Mitarbeit in traditionellen politischen Organisationen begleitet.

Oft ist festgestellt worden, daß die jungen Menschen in den neuen Bundesländern einen gewissen Modernisierungsrückstand gegenüber ihren Altersgenossen im Westen aufweisen, da die Lebensbedingungen in den ehemaligen Ostblockstaaten noch sehr viel stärker von traditionellen Mustern geprägt sind. Dies zeigt sich nicht nur in den Wertorientierungen, sondern auch in ihren politischen Orientierungen. Allerdings hat der politische und soziale Umbruch im Osten zu qualitativ abweichenden Einstellungsmustern in zweierlei Hinsicht geführt. Einmal zeigt sich bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern eine deutlich größere Bereitschaft zu direkten politischen Aktionsformen wie Demonstrationen, und zum anderen ist ihre politische Unzufriedenheit erheblich größer. Dies schlägt sich nach unseren Ergebnissen u. a. in einer höheren Unterstützung für linke und rechte Protestparteien nieder.

## **Elisabeth M. Krekel-Eiben/Joachim G. Ulrich: Berufschancen von Jugendlichen in den neuen Bundesländern**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/93, S. 13-20

Während die Wiedervereinigung die meisten Jugendlichen im alten Bundesgebiet in der Rolle von nur mittelbar betroffenen Beobachtern beließ, bedeuteten die Veränderungen seit 1989 eine klare Zäsur in den Lebensläufen der ostdeutschen Jugendlichen. Das von den alten Bundesländern übernommene Bildungs- und Beschäftigungssystem erfordert eine umfassende Neuorientierung. Waren in der ehemaligen DDR die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten staatlich-institutionell vorstrukturiert, begrenzt und abgesichert, wird nun der Karriereverlauf stärker durch individuelle Initiative, Entscheidungen und Vorleistungen bestimmt. Dabei eröffnen sich neue Chancen, doch ist der Erfolg keineswegs garantiert.

In diesem Beitrag wird die Entwicklung der Berufschancen der Jugendlichen in Abhängigkeit von den strukturellen Veränderungen des Berufsbildungs- und Beschäftigungssystems beschrieben. Dabei werden auch die Sichtweisen der Betroffenen berücksichtigt.

## **Detlef Oesterreich: Jugend in der Krise. Ostdeutsche Jugendliche zwischen Apathie und politischer Radikalisierung. Eine Vergleichsuntersuchung Ost- und Westberliner Jugendlicher**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/93, S. 21-31

Der Beitrag stellt Ergebnisse eines Vergleiches zwischen 1396 Ost- und Westberliner Jugendlichen (Gymnasiasten und Berufsschüler des Baugewerbes) dar.

Die weitverbreitete Annahme, der in den neuen Bundesländern zu beobachtende Gewalt- und Rechtsextremismusschub sei ein Produkt der Sozialisationsbedingungen in der DDR, konnte nicht bestätigt werden. Ost- und Westberliner Jugendliche unterscheiden sich weder bezüglich rechtsextremistischer Einstellungen, noch Rassismus, noch autoritärer Persönlichkeitsmerkmale voneinander. Sie sind allerdings deutlich feindseliger gegenüber Ausländern in Deutschland. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Gewaltwelle in den neuen Bundesländern Produkt der die Jugendlichen stark belastenden aktuellen Krisensituation ist. Diese ist nicht nur durch die immer noch bestehende ökonomische Krise gekennzeichnet, sondern darüber hinaus durch Identitätsprobleme der Jugendlichen und ein Versagen der leitenden Autoritäten in der Zeit nach der Wende, die ihre Versprechungen nicht eingehalten haben.